

# Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 71 SONNTAG, 21. Okt. 1934

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
Nach dem Riesenstreik  
Annäherung Deutschland-Rußland?  
Winterhilfe — Riesenschwindel!  
Der Vater des „Umlegens“

## Die Herren Mörder entrüsteten sich

Verfolgte Unschuld im braunen Hemd

Der Mord von Marseille hat die Geister aufgewühlt. Überall regt sich die Erinnerung an Sarajevo; von einem Ende Europas bis zum anderen gehen die blutigen Gespenster um. Man sucht die intellektuellen Urheber, man weist mit dem Finger auf politische Zentren, die als Unruheherde bekannt sind; man spricht von einer Völkerbundaktion, von drohenden weiteren Konsequenzen. Besorgte Regierungen versuchen, die Unruhe zu bannen, sie wollen nicht, daß durch mehr oder weniger dilettantische, mehr oder weniger von persönlichen Gefühlen bestimmte Nachforschungen nach den Hintermännern die Erregung noch vermehrt wird. Wenn die dunklen Leidenschaften erwachen, die Fenster der Botschaften klirren, der Schrei nach den Waffen durch die Straßen hallt, ist es zu spät.

Man kann für Maßnahmen der Vorsicht jedes Verständnis haben — aber man wird doch, ja erst recht mit Staunen verfolgen, was sich zugleich in Berlin begibt. Weil einige Zeitungen außerhalb der Machtsphäre des Dritten Reiches die Vermutung zu äußern wagten, daß zwischen dem Ereignis von Marseille und gewissen reichsdeutschen Stellen irgendwelche Beziehungen bestehen könnten, mimt man in Berlin Tobsucht und fordert ein Einschreiten der fremden Regierungen gegen jene im Ausland erscheinende Presse. Da hört nun wirklich Verschiedenes auf!

Um es nochmals zu sagen: auch wir halten es für falsch und verderblich, Vermutungen zu äußern, für die jeder Beweis fehlt. Wir bestreiten auch den Professionals in Berlin keineswegs das Recht zu versichern, daß sie es diesmal nicht gewesen sind; ja wir neigen sogar zu der Meinung, daß sie damit ausnahmsweise einmal die Wahrheit sagen. Aber Entrüstung wegen einer falschen Beschuldigung? Entrüstung?

Wenn irgendwo ein Aufsehen erregendes Verbrechen begangen worden ist, sucht man den Verbrecher unter den Personen, die sich einer ähnlichen Tat bereits einmal oder öfter schuldig gemacht haben. Dabei mag es, muß es vorkommen, daß man gelegentlich auch einen Unschuldigen verdächtigt. Man läßt ihn laufen, wenn sich seine Unschuld herausstellt. Aber besteht ein Grund, sich bei ihm zu entschuldigen?

Die Professionals von Berlin waren doch sonst keine Duckmäuser. Sie haben zwar längst nicht alles zugegeben, was sie auf dem Kerbholz haben, aber sie haben sich in anderen Fällen offen zu ihren Taten bekannt. Sie haben Morde verherrlicht, Mörder gefeiert und selbst Morde begangen, für deren Begehung sie sich noch als Retter der Nation huldigen ließen. Es mag schon stimmen, daß die Mordtat von Marseille aus einem ganz anderen Kreis und einer ganz anderen Atmosphäre kam. Aber es ist nicht einzusehen, warum im Prinzip der Berliner Herrschaften das Leben des Serbenkönigs heiliger sein sollte als das des Reichskanzlers a. D. von Schleicher, oder warum in ihren Augen die Tötung Barthous eine verruchte Schandtat sein soll, wenn die Abschachtung Röhm's eine herrliche Tat echt soldatischer Entschlossenheit war.

Die Berliner Professionals haben ihren Kollegen von Marseille in allen Tonarten beschimpft. „Schandbube“ und „feiger Mörder“ war das wenigste, was sie ihm nachwarfen. Gerade sie aber hätten Grund

gehabt, vor ihm den Hut zu ziehen, denn er hat sich selber mit geopfert, während bisher sämtliche nationalsozialistischen Mordhelden nach ihrer Tat ihr Heil in der Flucht suchten. Zielbewußt haben sie sich hinaufgemordet, waren aber dabei um ihre eigene Haut stets zärtlich besorgt. Moralisch stehen sie also nicht über dem Mörder von Marseille, sondern tief unter ihm.

Haben sie vielleicht Grund, sich zu entrüsten, daß man ihnen zutraut, sie könnten ihr heimisches Gewerbe auch im Ausland üben? Wo soll denn da der Unterschied sein — und außerdem: liegen Marriabad und Wien etwa im Dritten Reich?

Diese Zeit ist voll blutiger Frevel. Leider muß gesagt werden, daß der rasche, überfallmäßige Mord noch lange nicht der schlimmste unter ihnen ist. Das Los der Lessing, Dollfuß, Alexander und Barthou war doch wahrhaft gnädig, gemessen an dem Schicksal jener Unglücklichen, die von Bestien in Menschengestalt gefangen genommen und langsam zu Tode gemartert wurden. Neben dem gekrönten Alexander gab es einen ungekrönten, der dieses Schicksal erlitt — und das war nicht in Frankreich, sondern in Deutschland. Und wenn wir den Namen dieses anderen Alexander unseres ermordeten Kameraden nennen, steigen sie alle empor, die zu Tode Maßhandelten, Gefolterten, Zertretenen, auf der Flucht Erschossenen: die Stelling, die Eggerstedt, die Fechenbach und viele Hundert andere. Ist es erträglich, daß Verbrecher, die solche Taten auf ihrem Gewissen haben, die Entrüsteten spielen, weil man ein paar rasche Schüsse, die irgendwo in der Welt fielen, auf ihr Konto schiebt?

Zugegeben, daß auch die schlimmsten Uebeltäter nur für das verurteilt werden

dürfen, was sie wirklich begangen haben. Zugegeben, daß auch sie das Recht haben, sich gegen falsche Beschuldigungen zu wehren. Aber, wie halten sie selber es damit? Haben sie nicht den Reichstag angezündet und nachher die „sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront“ beschuldigt, diese Tat begangen zu haben? Laden sie nicht täglich in ihrer Presse und ihrem Rundfunk den ganzen Unrat ihrer Verleumdungen auf die „Marxisten“ ab, ohne daß diesen ungerecht Beschuldigten, maßlos Verleumdeten auch nur die allgeringste Gelegenheit geboten wäre, sich dagegen zu wehren? Während sich die „Berliner Börsenzeitung“ spaltenlang über die Verleumder in Paris entrüstet, erscheint der „Angriff“ mit der Riesenüberschrift „War Marseille ein Aktionsfeld der III. Internationale?“ und mit Ausführungen über angebliche Beziehungen von „Marxisten“ zu den Mördern Doumers, Barthous und König Alexanders. Man sucht bekanntlich keinen hinter dem Busch, wenn man nicht selber schon dort gesessen — ach, sie sitzen dahinter immer noch!

Darum alles was recht ist! Höchstwahrscheinlich gehören die beiden Opfer von Marseille nicht auf die Mordliste der Berliner Professionals, sondern auf eine andere. Es ist gewiß auch falsch und gefährlich, Beschuldigungen zu erheben, die man nicht beweisen kann. Ganz unerträglich aber ist es, wenn die gefährlichsten Gangsters der Welt jetzt die wilden Männer spielen, weil man ihnen ein paar Morde zutraut, die sie zufälligerweise nicht begangen haben. Kein Kriminalist fällt auf ein solches Theater herein. Haben sie diesmal ihr Alibi — gut! Aber sie sollen nicht die gekränkte Unschuld spielen, während das Blut ihrer grausam hingeschlachteten Opfer von ihren Fingern hinabläuft!

## Reichstagsbrand

Nach dem 30. Juni erwartete man allgemein Enthüllungen über die Geheimnisse des Reichstagsbrandes aus der Umgebung der erschossenen SA-Führer Ernst und Heines. Die „Deutsche Freiheit“ veröffentlichte bald darauf einen Brief eines SA-Mannes Kruse, in dem eine genaue Schilderung der Vorgänge gegeben wurde. Jetzt veröffentlicht der schwedische Senator Branting im Stockholmer „Sozialdemokraten“ einen Artikel mit der Überschrift „Das Geheimnis des Reichstagsbrandes ist restlos aufgeklärt“. Er teilt darin mit, daß er im Besitz eines detaillierten schriftlichen Berichts über die Geschichte des Reichstagsbrandes sei, den Obergruppenführer Ernst vor seiner Erschießung verfaßt und an sicherer Stelle deponiert habe. Ueber den Beweiswert, den er dem Dokument beimißt, teilt Branting mit:

„Es wurde aufs gewissenhafteste auf seine Authentizität untersucht, Schriftsachverständige haben die Unterschrift nachgeprüft, so daß heute kein Zweifel mehr über seine Echtheit besteht. Es wird in einem „Weißbuch“ nebst anderen Dokumenten über den 30. Juni veröffentlicht werden.“

Diese Mitteilung hat großes Aufsehen erregt. Das lauteste Geschrei der Göring und Genossen wird nicht verhindern, daß die angekündigte Veröffentlichung in der ganzen Welt mit dem größten Interesse aufgenommen werden wird. Senator Branting, Sohn des Begründers der schwedischen Sozialdemokratie und bekannter Rechtsanwalt, ist ein sehr gewissenhafter Mensch, der seine Worte wohl abwägt. Seine sensationelle Enthüllung wird das größte Verbrechen der Gegenwart von neuem zur Aburteilung stellen.

## Der Schwindel mit der Winterhilfe

Sowohl in Bückeburg als auch in Berlin hat Adolf Hitler die Winterhilfe in den Mittelpunkt seiner Reden gestellt und sie als besondere Glanzleistung gefeiert. Natürlich hat es dabei auch nicht an Ruhmredereien und falschen schönfärbigen Vergleichen gefehlt.

„Auch in diesem Winter soll niemand hungern und frieren“, so schallt es uns täglich entgegen. Aber mit Schrecken denken alle Armen an den vergangenen Winter. Auch damals hörten sie große Versprechungen und sahen geringe Leistungen, machten sie sich viele Hoffnungen und erlebten noch größere Enttäuschung. Folgt man den amtlichen Angaben, so sollte die Winterhilfe 1933 die Aufgabe, 18 Millionen Menschen 26 Wochen hindurch zu unterstützen. An diese 18 Millionen Menschen sind verteilt worden: 140 Millionen Mark in Lebensmitteln, 60 Millionen Mark in Kleidung, 85 Millionen Mark in Brennstoffen, 30 Millionen Mark in Gebrauchsgegenständen und 5 Millionen Mark in Gutscheinen. Niemand hat also einen Pfennig Bargeld bekommen, niemand kann also den wahren Geldwert der Waren berechnen. Aber selbst wenn man annimmt, daß die Gesamtleistung der Winterhilfe wirklich 320 Millionen Mark betragen hat, so ergibt das auf den einzelnen nur eine Leistung, die sage und schreibe 70 Pfennig die Woche ausgemacht hat. Davon ent-

fielen 28 Pfennige auf Lebensmittel, 19 Pfennige auf Heizung, 16 Pfennige auf Bekleidung, 5 Pfennige auf Gutscheine und 2 Pfennige auf Freitische und Lebensmittelpakete.

Siebzig Pfennige, die ganze Leistung der Winterhilfe, entsprach also dem Wert eines Vierfundbrotes.

Die Lüge von der „Volksgemeinschaft“.

Aber, sind nicht die Geldspenden in Höhe von 173 Millionen eine grandiose Leistung, ein glänzender Beweis von Solidarität der Reichen mit den armen Volksschichten, der oberen mit den unteren? Ein Beweis für die endlich durch Adolf Hitler hergestellte wahre Volksgemeinschaft? O nein! Die Tatsachen reden jedenfalls eine ganz andere Sprache. Der allergrößte Teil dieses Geldes ist nicht freiwillig aufgebracht, sondern zwangsweise erpreßt. Er stammt aus den Taschen der Armen, ist Abzug von Lohn, Gehalt oder gar Unterstützung. Nur der kleinste Teil, vielleicht ein Zehntel, sind Leistungen der Wohlhabenden. Aber wie haben sie über diese dauernde „Bettelei“ geschimpft! Wieviel Flüche hat die Nazis getroffen, daß sie, um die Armen zu täuschen, es wagten, auch an die Opferwilligkeit der Bessergestellten zu appellieren. Aber das alles ändert die Tatsache nicht, daß die Winterhilfe keine Leistung der Reichen für die Armen ist, sondern ein

System, in dem die Aermsten für die Aermsten sorgen mußten. Dafür aber hat die Nazipartei fast nichts, der Staat sogar nichts für die Armen übrig gehabt. Dem Volk blieb es überlassen, aus seiner Tasche das zu zahlen, was früher der Staat und die Wohlhabenden bezahlen mußten.

Das Volk war stets opferwillig. Es hat auch immer der Armen und Leidenden gedacht. Das gilt besonders für seine arbeitenden Schichten. Diese Solidarität gibt es seit Jahrzehnten. Sie ist die größte Leistung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Alle für einen, einer für alle, das war immer ihre Parole. Die Hunderttausende von Organisierten der Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners haben stets ihre ganze Kraft für die solidarische Hilfe zugunsten der Armen und Schwachen eingesetzt. Wer ihnen angehörte, hatte ein selbstverständliches Anrecht auf Hilfe. Millionen Menschen, die der Kapitalismus aus der Arbeit vertrieben hatte, die von Krankheit und Not heimgesucht wurden, fanden in diesen aus eigener Kraft geschaffenen herrlichen Stätten der Selbsthilfe einen Rückhalt. Wo die Nazis jetzt mit einer Einrichtung prunken, da handelte es sich stets um eine Einrichtung, die die bösen Marxisten aus freiwillig gesammelten Arbeitergroschen geschaffen haben. Nichts haben

# Sorgen des Systems

die Nazis geschaffen, was sie nicht zuvor uns geraubt oder abgucken haben. Auch ihre „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ ist erst etwas geworden, nachdem man die sozialistische „Arbeiterwohlfahrt“ geraubt hatte. Was in dieser aus eigener Kraft geleistet wurde, ist ein Vielfaches von dem, dessen sich die Nazis rühmen. Wie überhaupt der Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten darin besteht, daß die Sozialdemokraten mehr geleistet, aber von ihren Leistungen weniger geredet haben.

Der Raub an den Aermsten.

Die Nationalsozialisten haben aber nicht nur die großen Leistungen der freiwilligen Solidarität zerstört, die von der sozialistischen Arbeiterbewegung und zahlreichen anderen Berufs- und Wohlfahrtsorganisationen geschaffen waren, sondern sie haben auch die Leistungen der öffentlichen Körperschaften ungeheuer vermindert. Im ersten Jahr der nationalsozialistischen Diktatur ist die durchschnittliche Unterstützung eines verheirateten Wohlfahrtsberechtigten von 14 auf 10 Mark wöchentlich gesenkt worden. Vier Mark hat man den Erwerbslosen gestohlen, ein Vierpfundbrot hat man ihnen als Bettelgabe zurückgegeben. Allen übrigen Unterstützungsempfängern geht es ebenso. Um ein unendliches besser wäre ihre Lage, wenn die Zustände wieder hergestellt würden, wie sie vor dem Dritten Reich bestanden haben. Am besten beweisen das amtliche Zahlen über die Leistungen des Reiches auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens. Sie haben sich folgendermaßen entwickelt (in Millionen Mark):

1929	1930	1931	1932	1933	1934
1297	1553	1662	1484	1250	903

In der Zeit, in der Sozialdemokraten auf die Regierung Einfluß hatten, waren die Leistungen des Wohlfahrtswesens fast doppelt so hoch als unter Hitler. Schonungslos hat man die Sozialausgaben abgebaut.

Auch bei den Arbeitslosen, ja gerade bei ihnen. Im Jahre 1932 zahlte das Reich noch einen Zuschuß von 885 Millionen Mark, 1933 sank er auf 490 und 1934 soll er gar nur 264 Millionen betragen. Diese Entwicklung ist umso schamloser, da jetzt den Arbeitslosen nicht einmal mehr das an Leistungen zufließt, was sie zuvor durch Beiträge aufgebracht haben. Jeder Arbeiter oder Angestellte zahlt seinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und daneben noch eine besondere Arbeitslosenabgabe. Ihr Ertrag fließt in die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Dem Bericht der Reichsanstalt über das Jahr 1933 ist zu entnehmen, daß eine Einnahme von 1556 Millionen Mark erzielt wurde. Von dieser Summe aber wurden nur 227 Millionen an Arbeitslosenunterstützung, 347 Millionen an Krisenunterstützung und 21 Millionen Mark an Kurzarbeiterunterstützung ausgezahlt. Die Arbeitsbeschaffung wurde mit 180 Millionen, die Landhilfe mit 27 Millionen finanziert. In die Reichskasse aber flossen 690 Millionen, also etwa dreimal soviel, als das Reich an Zuschüssen für die Arbeitslosen leistete. Von jeder Mark, die an Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung gezahlt wurde, wurden nur 14 Pfennige für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben, an Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Kurzarbeiterunterstützung zusammen nur 40 Pfennige. Der Rest verschwand in der Reichskasse. Wie stark der Abbau in der Wohlfahrtsfürsorge vorgeschritten ist, beweisen ebenfalls die offiziellen Zahlen. Die Aufwendungen für die Hilfsbedürftigen, die nicht in Anstalten untergebracht sind, betrugen im letzten Jahr vor der Naziherrschaft (1932/1933) 2097 Millionen Mark, während sie im Jahre 1933/1934 auf 1366 Millionen Mark gesunken sind. Die Fürsorgeverbände haben also an den Armen ebensoviel gespart, wie die Winterhilfe angeblich aufgebracht hat.

Teuerung, Not und Elend.

Dabei muß man berücksichtigen, wie stark der Wert des Geldes im letzten Jahr gesunken ist. Die Teuerung schreitet von Tag zu Tag fort. Besonders groß ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten, und zwar in erster Linie bei den billigsten und notwendigsten Nahrungsmitteln für die Armen. Wenn die amtliche Statistik für die gesamten Lebenshaltungskosten bereits eine Teuerung von 7½ Prozent zugeht, so ist sie bei den notwendigen Nahrungsmitteln — wie Kartoffeln, Fett, Margarine, Käse, Eier — ein Vielfaches davon. Bei dem Einkommen eines Unterstützungsempfängers von höchstens 500 Mark jährlich bedeutet schon eine Ver-teuerung von 7½ Prozent eine Kürzung

Hitler richtet sich in seiner formalen Allmacht ein. Er hat die Reichsminister auf seine Person vereidigt. Der Treueid auf den König hat seine Wiederauferstehung im Treueid auf Hitler gefeiert. Der Eid ist geleistet — aber die Treue steht auf einem andern Blatt! Sie ist so stark, daß Hitler bisher nicht gewagt hat, seinen Stellvertreter zu ernennen. Er hat zwar Göring als seinen Stellvertreter zum Königsbegräbnis nach Belgien geschickt — aber wo es nicht um Repräsentation, sondern um Macht geht, erfolgt keine Ernennung! Vielleicht muß vorher noch einmal „gesäubert“ werden. Vor kurzem ist Himmels Stellvertreter Heydrich, der mächtigste Mann nach Himmeler, abgesetzt worden. Der Claque-kampf unter der Decke geht weiter — wann auch das System bemittelt ist, ihm nicht erkennbar hervortreten zu lassen. Denn das System hat seine Sorgen!

Die Reden zur Einleitung der Winterhilfe lassen sorgenvolle Töne erkennen. Die Männer des Systems erkennen, daß der langsam, fast unmerklich wirkende Feind gefährlicher ist als der laute, daß die leisen

## Vom Werden des neuen Militarismus

Der Hauptschriftleiter des „Militärwochenblattes“, Generalleutnant a. D. von Altrock, scheidet aus der Leitung des Werkes aus. Er war seit Kriegsende der Leiter des führenden Organs der deutschen Militärs. Der Reichswehrminister Blomberg hat Altrock den folgenden Brief geschrieben:

„Eurer Exzellenz beehre ich mich anlässlich Ihres Ausscheidens aus der Schriftleitung des „Militärwochenblattes“ meinen und der Wehrmacht Dank zum Ausdruck zu bringen für die an dieser Stelle geleistete Arbeit. Euer Exzellenz haben auch in den Jahren, in denen der Geist des Pazifismus und der Selbstaufgabe in weiten Kreisen unseres Volkes herrschte, sich mit unermüdlicher Arbeit und großem Können stets für die Interessen der Wehrmacht und den Geist der Wehrhaftigkeit eingesetzt und so zu dem Werk der deutschen Wiedergeburt beigetragen. Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, Ihnen das am heutigen Tage zum Ausdruck bringen zu können zugleich mit den besten Wünschen für Ihr weiteres Wohlergehen. Mit den besten Empfehlungen und Hitler-Heil bin ich Ihrer Exzellenz sehr ergebener (gez.) von Blomberg.“

Die Militärs haben mit Hitlers Hilfe über den Geist der Friedfertigkeit und der Verneinung des Krieges gesiegt, für sie steht die „deutsche Wiedergeburt“ im Zeichen der Bejahung des Krieges. Sie haben den Nationalsozialisten die militärischen Stichworte geliefert, sie haben schon in der Weimarer Republik den neuen militaristischen Geist gepflegt. „Der Geist der Wehrhaftigkeit“ — das ist die Formel, unter der sich der Kriegswille verbirgt. Mögen sie noch so oft ver-

suchen, wie sie es auch in der Vergangenheit getan haben, Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung gleichzusetzen — so wird doch jeder Kenner der deutschen Geschichte wissen, daß hinter dem Worte „Wehrhaftigkeit“ sich der neue aggressive Militarismus verbirgt. Die Erinnerung an den alldeutschen „Wehrverein“ des General Keim ist noch nicht völlig verblaßt.

Deshalb ist in keinem modernen Staate dem Einzelnen überlassen, was er für die Gesamtheit geben will. Das wird durch Steuern ihm vorgeschrieben. Hitler aber hat die Steuern auf den Besitz aufgebaut, und es den Reichen erst ermöglicht, ihr Vermögen als ihre Privatangelegenheit zu betrachten. Wollte er wirklich dem skandalösen Zustand ein Ende machen, daß die Winterhilfe eine Hilfe der Aermsten für die Aermsten ist, und daß die Reichen in ihrer satten Bequemlichkeit sich von allen Leistungen drücken, so gibt es dafür kein anderes aber auch kein besseres Mittel als das Anziehen der Steuerschraube. Statt dessen hat Hitler schon wiederum eine Ermäßigung der Einkommensteuer, der Erbschaftsteuer und der Vermögenssteuer angekündigt. Wie gut es den Reichen im Dritten Reich ergeht, das zeigt nichts besser als das Steigen des Umsatzes in der Autoindustrie, von 560 Millionen Mark im Jahre 1932 auf über 900 Millionen im Jahre 1934. Die Mehranschaffungen für Autos sind unter der Herrschaft Hitlers größer als der Aufwand für die Winterhilfe.

Wenn Hitler in seiner Berliner Rede zugeben mußte, daß ganze Teile des Reiches dem Hunger und Elend ausgeliefert sind, ohne daß im Augenblick eine wirtschaftlich wirksame Abwehr gefunden werden könnte, so ist das die schärfste Anklage gegen sein eigenes Handeln. Er hat die Rettung aus Not und Elend binnen vierundzwanzig Stunden versprochen. Er hat in Wirklichkeit das Volk in tiefstes, nie dagewesenes Elend gestoßen.

Hitler hat in der gleichen Rede noch einen weiteren Beweis für seine abgrundtiefe Heuchelei gegeben. Er hat festgestellt, was jedermann weiß, daß gerade die Mitglieder der gutsituierten Gesellschaft es wären, die einen erheblichen Mangel an Opferwillen aufwiesen. Er beklagte sich besonders über das wohlhabende Bürgertum, er hoffe, daß sich in diesem Jahre nicht wiederhole, was im vergangenen Jahre in vielen Städten festgestellt worden sei, daß ärmere Viertel mehr an Opfer mobilisierten als die wirtschaftlich besser Gelagerten. Man solle in solchen Fällen in Zukunft diese bestehende Tatsache der Nation „ganz offen zum Bewußtsein bringen“. Die Auffassung, daß die Verwendung eines Vermögens nur Privatangelegenheit des Einzelnen ist, müsse eine Korrektur erfahren.

So viel Worte, so viel Lügen. Daß die Wohlhabenden des Bezahlers stets den Armen überlassen, ist eine alte Wahrheit.

Stimmen von unten nicht durch menschliche und mechanische Lautsprecher niedergebrüllt werden können. Sie versuchen wieder abzulenken. So ist die antisemitische Propaganda in Berlin gesteigert worden — aber was will das gegenüber den sozialen Tatsachen besagen?

Auch der Kirchenkampf hat wieder schärfere Formen angenommen, obgleich Hitler aus seiner bisherigen Neutralität herausgegangen ist und dem „Reichsbischof“ Müller und seinem Jäger die Niederknüpfung der Opposition in Bayern und Württemberg erleichtert. Die Opposition riskiert kräftige Töne, sie hat auf der Straße demonstriert — neue Gewaltmaßnahmen sind fällig.

Inzwischen wächst die Zahl der Leute, die ihr Urteil über das System in die Worte zusammenfassen: früher waren doch bessere Zeiten!

## Historisches Datum

Der Kampf um die Seele des Arbeiters hat begonnen.

Der Beauftragte des Führers für die gesamte gelatige und weltanschauliche Erzie-

lung der NSDAP, Alfred Rosenberg, hat am 15. Oktober den ihm zwangweise vorgeführten Arbeitern der Opelwerke eine Rede gehalten und der „Völkische Beobachter“ hat zu diesem Ereignis extra einen seiner Schriftleiter nach Rüsselsheim geschickt. Von dort dröhrt der Schriftleiter vorschrittunäßig begeistert:

Die Rede Alfred Rosenbergs anlässlich der Eröffnung des vierten Winterhalbjahres der Opel-Werkhohschule in Rüsselsheim war ein grandioser Auftakt zu einem ganz neuen Kampfabschnitt. Mit dieser Kulturkündigung ist der Kampf um die Eroberung der Seele des deutschen Arbeiters begonnen worden.

Hitler regiert seit dem 30. Januar 1933. Aber erst am 15. Oktober 1934 hat der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters begonnen. Die Braunen wissen, daß die Seele des deutschen Arbeiters bisher dem Nationalsozialismus nicht gehört, daß zwanzig Monate Naziherrschaft mit samt allen Hitlerreden die Seele des deutschen Arbeiters nicht für sie gewonnen haben. Ein schönes Geständnis!

Der Film: „Ein Mann will nach Deutschland“ war der größte Publikums Erfolg des Jahres. Alle Menschen gingen ins Kino, um den Mann zu sehen, der nach Deutschland will.

Das Schiffsbauwerk Nieder-Finow soll wieder abgerissen werden, weil die wichtigsten Bestandteile anderweitig gebraucht werden. Die Pfeller sollen für den Nationalsozialismus als Stützen Verwendung finden, die Niete für die preussische Staatslotterie und der Schiffstrog für das Eintopfgericht.

„Wie lange dauerts wohl noch, flüstert der eine „Miesmacher“ dem anderen zu.

„NSDAP“ flüstert der zurück.

„? ? ?“

„Nur solange die Angeschmierten päpieren!“

„Wartet nur, in spätestens zehn Jahren sind wir so weit, dann werden wir euch mit eurem schlechten Gewissen schon Mores lehren!“ Was sagt der friedliebende Herr Hitler zu seinem ebenso unvorsichtigen wie streitbaren außenpolitischen Ratgeber?

„Wenn man nun im Ausland fragt: Wenn Deutschland sein Volk so erzieht, wird dieses einmal starke und erzogene Deutschland in zehn Jahren nicht zu den Waffen greifen? Dann müssen wir schon sagen: Wenn diese Herren die Frage aufwerfen, dann kann das nur aus dem schlechten Gewissen kommen.“

Wir können eine Erziehung des deutschen Volkes zum Ehrbewußtsein und zu einer Vertiefung der Erkenntnis der Geschichte der Heimat nicht verbieten...“

Das hieße also in verständliches Deutsch übersetzt: „Wartet nur, in spätestens zehn Jahren sind wir so weit, dann werden wir euch mit eurem schlechten Gewissen schon Mores lehren!“ Was sagt der friedliebende Herr Hitler zu seinem ebenso unvorsichtigen wie streitbaren außenpolitischen Ratgeber?

„Wenn man nun im Ausland fragt: Wenn Deutschland sein Volk so erzieht, wird dieses einmal starke und erzogene Deutschland in zehn Jahren nicht zu den Waffen greifen? Dann müssen wir schon sagen: Wenn diese Herren die Frage aufwerfen, dann kann das nur aus dem schlechten Gewissen kommen.“

Wir können eine Erziehung des deutschen Volkes zum Ehrbewußtsein und zu einer Vertiefung der Erkenntnis der Geschichte der Heimat nicht verbieten...“

Das hieße also in verständliches Deutsch übersetzt: „Wartet nur, in spätestens zehn Jahren sind wir so weit, dann werden wir euch mit eurem schlechten Gewissen schon Mores lehren!“ Was sagt der friedliebende Herr Hitler zu seinem ebenso unvorsichtigen wie streitbaren außenpolitischen Ratgeber?

Das Reich für die Reichen.

Millionen hungern im Dritten Reich, trotz Winterhilfe. Aber nicht, weil kein Geld da ist, weil man ihnen nicht helfen könnte, sondern weil man ihnen nicht helfen will. Geld ist vorhanden für alles, was Hitler am Herzen liegt. Als die rheinisch-westfälischen Großindustriellen jammern zu ihm kamen, da schenkte er ihnen 500 Millionen Mark. Als die Bankiers, die das Reich 1931 vor dem Bankrott bewahrt hatte, bettelten, da wurden

ihnen die gepumpten Gelder erlassen. Hunderte von Millionen fließen in die Taschen der Großgrundbesitzer. Um nun erst gar die Ausgaben für die Rüstungen! Was an Milliarden in die Rüstungsindustrie fließt, würde ausreichen, um alle Notleidenden von ihren Sorgen zu befreien. Geld hat Hitler aber auch für Feste, für Feiern, für die Nazibonzen, für die S.A. Dem Pfennig für die Winterhilfe entspricht die Mark für diese Zwecke. Lüge ist es, wenn Hitler sagt, daß eine Clique von internationalen Juden das deutsche Volk vernichten will. Der drohende Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, das wachsende Elend aller Schichten des deutschen Volkes ist Hitlers Schuld, ist die Folge der fieberhaft betriebenen Rüstungen, der Abschließung Deutschlands von der Welt, einer Wirtschaftspolitik, die die ganze Welt zu Feinden Deutschlands gemacht hat.

Hitlers Winterhilfe ist keine grandiose Leistung, sie ist ein großer Betrug. Durch die Winterhilfe ist die Lage des Volkes nicht gebessert, sondern verschlechtert worden. Der Abbau der Steuerlasten brachte den Reichen Vorteile, die Zwangsabgaben von Arbeitern und Angestellten vermehrten das Elend der Armen. An die Stelle des Rechts auf Unterstützung ist die Gnade des Almosenempfanges getreten. Bettelei, das ist das Zeichen des Dritten Reichs!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

## Die Diktatur der Lüge

...Es wird eine gefährliche Heuchelei geübt. Es braucht nicht weiter ausgemalt zu werden, was es bedeutet, wenn Lüge das Volk durchfrisst... (Aus dem „Reichswart“.)

Herr Reventlow hat manchmal lichte Augenblicke. Gefährliche Augenblicke sind das!

## Medereien

Der Treuhänder der Arbeit Börgers, Westfalen, hat in der „Neuen Welt“ vor Berliner Beamten den Satz geprägt: „Eine politische Erkenntnis braucht Jahrzehnte, um ins Volk zu dringen, ein Witz aber, der eine politische Gemeinheit enthüllt, braucht nur einen Tag.“

Der Film: „Ein Mann will nach Deutschland“ war der größte Publikums Erfolg des Jahres. Alle Menschen gingen ins Kino, um den Mann zu sehen, der nach Deutschland will.

Das Schiffsbauwerk Nieder-Finow soll wieder abgerissen werden, weil die wichtigsten Bestandteile anderweitig gebraucht werden. Die Pfeller sollen für den Nationalsozialismus als Stützen Verwendung finden, die Niete für die preussische Staatslotterie und der Schiffstrog für das Eintopfgericht.

„Wie lange dauerts wohl noch, flüstert der eine „Miesmacher“ dem anderen zu.

„NSDAP“ flüstert der zurück.

„? ? ?“

„Nur solange die Angeschmierten päpieren!“

„Wartet nur, in spätestens zehn Jahren sind wir so weit, dann werden wir euch mit eurem schlechten Gewissen schon Mores lehren!“ Was sagt der friedliebende Herr Hitler zu seinem ebenso unvorsichtigen wie streitbaren außenpolitischen Ratgeber?

Das Reich für die Reichen.

Millionen hungern im Dritten Reich, trotz Winterhilfe. Aber nicht, weil kein Geld da ist, weil man ihnen nicht helfen könnte, sondern weil man ihnen nicht helfen will. Geld ist vorhanden für alles, was Hitler am Herzen liegt. Als die rheinisch-westfälischen Großindustriellen jammern zu ihm kamen, da schenkte er ihnen 500 Millionen Mark. Als die Bankiers, die das Reich 1931 vor dem Bankrott bewahrt hatte, bettelten, da wurden

ihnen die gepumpten Gelder erlassen. Hunderte von Millionen fließen in die Taschen der Großgrundbesitzer. Um nun erst gar die Ausgaben für die Rüstungen! Was an Milliarden in die Rüstungsindustrie fließt, würde ausreichen, um alle Notleidenden von ihren Sorgen zu befreien. Geld hat Hitler aber auch für Feste, für Feiern, für die Nazibonzen, für die S.A. Dem Pfennig für die Winterhilfe entspricht die Mark für diese Zwecke. Lüge ist es, wenn Hitler sagt, daß eine Clique von internationalen Juden das deutsche Volk vernichten will. Der drohende Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, das wachsende Elend aller Schichten des deutschen Volkes ist Hitlers Schuld, ist die Folge der fieberhaft betriebenen Rüstungen, der Abschließung Deutschlands von der Welt, einer Wirtschaftspolitik, die die ganze Welt zu Feinden Deutschlands gemacht hat.

Hitlers Winterhilfe ist keine grandiose Leistung, sie ist ein großer Betrug. Durch die Winterhilfe ist die Lage des Volkes nicht gebessert, sondern verschlechtert worden. Der Abbau der Steuerlasten brachte den Reichen Vorteile, die Zwangsabgaben von Arbeitern und Angestellten vermehrten das Elend der Armen. An die Stelle des Rechts auf Unterstützung ist die Gnade des Almosenempfanges getreten. Bettelei, das ist das Zeichen des Dritten Reichs!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

Deutsches Volk! kämpfe gegen diese Zustände, ermanne dich, sammle die Kräfte, damit Gnade und Unterdrückung durch Recht und Freiheit ersetzt werden!

## Annäherung Deutschland — Rußland?

In Deutschland werden die Bestrebungen weiter Kreise, mit Rußland auf möglichst gutem Fuß zu stehen, trotz Rosenberg und seiner außenpolitischen Linie stets wirksam bleiben. Nach den Mißerfolgen Rosenbergs und nach der Machterweiterung, die sich die Wehrmacht nach dem 30. Juni zu verschaffen wußte, wird die Ostorientierung schon wieder viel deutlicher gefordert. Große Teile der Industrie würden eine engere Anlehnung an Rußland unter dem Eindruck der Rohstoffnot zweifellos sehr begrüßen, wenn sie auch nicht gerade für eine einseitige Ostorientierung eintreten. Selbst Schacht hat doch gelegentlich, allerdings vor der Hitlerregierung geäußert, „Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland zu unterhalten sei noch keine Ostorientierung“. Aber ob Schacht oder Wehrmacht, die Haltung beider ist unvereinbar mit Rosenbergs primitiven Kriegsplänen gegen Rußland.

Wohl der größte Teil des deutschen Bürgertums hält nicht viel von diesen Plänen, wenn es ihnen nicht gar feindlich gegenübersteht. Man ist in weiten Kreisen noch immer der Meinung, daß das russisch-französische Bündnis nicht so fest und dauerhaft ist, wie es erscheint. Man weiß, wie Rußland sich — trotz Hitler — bemüht, gute Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Nicht freiwillig, sondern durch die deutsche Politik genötigt, lehnte Rußland sich an die Westmächte an. Dieser Tatbestand liegt so klar, daß kein Anhänger der Ostorientierung sich von Rußland verraten fühlt.

Ohne den Gerüchten nachzugeben, die besagen, daß die deutsche Generalität auf dem Umweg über die Türkei die deutsch-russischen Beziehungen zu bessern sucht, wenden wir uns dem „Deutschen Volkswirt“ zu, in dessen Nummer vom 17. August 1934 u. a. folgende Betrachtungen zu finden sind:

„Die kürzlich an dieser Stelle geäußerte Hoffnung auf eine Herstellung besserer wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland scheint schneller als erwartet in Erfüllung zu gehen. Zwar ist der genaue Inhalt des am 8. August zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der russischen Handelsvertretung unterzeichneten Wirtschaftsprotokoll, noch nicht bekannt und vielleicht auch noch nicht in allen Einzelheiten fertig, aber der Boden für eine neue Phase des deutsch-russischen Geschäfts dürfte gefunden sein.“

Die hier und da auftauchenden Schwierigkeiten waren rein technischer Natur und ausdrücklich betont, daß:

... die Aussichten für eine Einigung mit Deutschland entschieden größer geworden sind, zumal der Wunsch nach einer Besserung der Beziehungen von Rußland ausgegangen ist.“

Deutschland braucht Rohstoffe. Rußland ist in der Lage, viele zu liefern. So sehr das Ziel der Wehrmacht die Selbstversorgung Deutschlands ist, so weiß sie doch andererseits, daß diese nur durch die Vernachlässigung des Exportes zu erreichen wäre, was nicht nur vermehrte Arbeitslosigkeit, verminderte Staatseinnahmen usw., sondern vor allem und in erster Linie Schwächung des Kriegspotentials bedeuten würde. Die deutsch-russische Freundschaft muß nicht notwendig den gemeinsamen bewaffneten Kampf gegen die Westmächte bedeuten, der deutsche Generalstab wäre schon zufrieden, wenn er im Osten keinen Feind im Rücken, dafür aber einen Lieferanten hätte, der Deutschland mit wichtigen Rohstoffen und nicht zuletzt mit Öl versorgen könnte. Das Öl ist ja bekanntlich eine sehr militärische Flüssigkeit! Bei einer mechanisierten und motorisierten Armee wie der deutschen ganz besonders. In der Nummer vom 3. August macht der „Deutsche Volkswirt“ einige grundsätzliche Bemerkungen zur deutsch-russischen Lage und sagt u. a.:

„Man muß in den Fragen der Politik, zumal der äußeren, zwischen den wechselnden Stimmungen und den dauernden Interessen unterscheiden. Und was die wirtschaftlichen Interessen anlangt, so hat sich nichts an der Tatsache geändert, daß es kaum zwischen zwei Ländern der Welt so allseitige natürliche Ergänzungsmöglichkeiten gibt wie zwischen Deutschland und Rußland. Dieser Gesichtspunkt spielt mehr noch als für Deutschland für Rußland eine Rolle, das sich für seinen inneren Aufbau nach wie vor auf die Zusammenarbeit mit den hochentwickelten Industriestaaten der Welt angewiesen sieht und doch weder in den Vereinigten Staaten noch in England noch in Frankreich den Partner finden kann, der dafür die geeigneten Voraussetzungen erfüllt.“

Freudigst begrüßt die genannte Zeitschrift eine deutsch-russische Annäherung und fährt fort:

„Jedenfalls aber stehen die engeren russisch-französischen Beziehungen einer russisch-deutschen Zusammenarbeit kaum im Wege, und man wird gerade aus der Ernennung von Surits zum Botschafter in Berlin schließen dürfen, daß die Russen

# Das Königreich Stumm soll neu erstehen!

## Die Saar-Nazisten Arm in Arm mit den Saar-Schlotharonen — Zurück in die alte Hörigkeit des Kumpels!

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:

Der bekannte Fall Pick wird noch lange nicht erledigt sein! Das erstinstanzliche Gericht hat er vor etwa vierzehn Tagen beschäftigt; demnächst wird aber auch noch, nach dem Saarbrückener Landgericht, der Oberste Gerichtshof des Saargebietes selbst sein Urteil darüber sprechen müssen.

Um was es geht? Nun, der frühere Dreher Pick war auch noch nach der Hitlerrevolte in Deutschland und nach der famosen, kleptomantischen „Übernahme“ der Gewerkschaften und insbesondere ihrer Kassen durch den jetzigen Tiergartenvillenbesitzer Dr. Ley und vor allem auch noch nach der Zerschlagung der bürgerlichen Parteien an der Saar und ihrer Ablösung durch die „Deutsche Front“ brauner Konjunkturhähnen immer noch der Hauptgeschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Saarbrücken geblieben. Der Dreher Pick hatte es, wenn er seinen Blick auf das Dritte Reich und die Schande, die menschliche und politische, richtete, die man dort seiner Sache und seinen Kollegen antat — auch der so maßlos diffamierte und mißhandelte ehemalige preußische Wohlfahrtsminister Hirthsiefer war ja christlicher Metallarbeiterführer in Essen gewesen — nun mit der auch von ihm verlangten Gleichschaltung nicht so eilig. Ueberumpelungen seines Büros durch die „Front“-Banditen mißlingen. Ein größerer Teil der Verbandsmitglieder, und gerade die alten Funktionäre, standen treu zu ihm. Da mußte das Mittel her, das in Deutschland schon so oft von den Hitler-Leuten mit größtem Erfolg angewandt wurde, ohne daß es gerade durch die Quantität seiner Verwendung sich moralischer darstellt: Der unbequeme Mann muß, koste es, was es wolle, durch Korruptionsschuldigung zur Strecke gebracht werden! So hatte man ja auch sich der freien Gewerkschaften in Deutschland bemächtigen können, obgleich bisher noch kein einziger der so dröhnend angekündigten „Korruptionsprozesse“ auch wirklich eingeleitet und ausgetragen werden konnte. So hat man den Rundfunk für un-

begabte Nazi-Krippenjäger erobert. So muß sogar, im Kirchenkampf, der arme Bischof von Würzburg, Wurm, daran glauben, der auch silberne Löffel gestohlen haben soll, aber nur deshalb, weil er dem hitlerischen Himmeladler Müller nicht Ordre parieren will. So sollte auch — nach bewährtem Muster — eben „der Bonze Pick“ erledigt werden... Hei, wie man nachschneifelte, ob Herr Pick nicht bei Auslandsreisen für seinen Verband etwa drei Mark zu viel aufgeschrieben hätte! Hei, wie man „feststellte“, daß die oder jene Hotelrechnung, vor zehn Jahren ausgestellt und seitdem in seinem Schreibtisch ruhend, nicht genau in ihren sieben Mark und fünfzig Pfennig „spezifiziert“ sei!

Es kann hier nicht der Raum sein, den ganzen, erbärmlich-gemeinen Fall noch einmal in seiner Breite aufzurollen. Stellen wir fest, daß schon in der Erstinstanz vor vierzehn Tagen die Blamage der Verleumder, darunter an hervorragender Belastungszeugenstelle der Großindustrielle Hermann Röschling in persona, von der „Deutschen Front“ mit Stolz zitiert, groß und gründlich war! Die Ehre des früheren Arbeiters — die „nationalen Herren“, sie mußten sie lassen stahn! Immerhin, das Gericht billigte den Wechsel in der Geschäftsführung des Verbandes unter dem „Gesichtspunkt der formalrechtlich anzuerkennenden „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften und, wie erst jetzt bekannt wird, bestellte es an Stelle des ausgeschlossenen ehemaligen Verbandsmitglieds, des Grubenmaschinisten Keßler, obgleich dieser in einem früheren Stadium der Angelegenheit ebenfalls durch Gerichtsbeschluß zum einstweiligen Geschäftsführer schon berufen worden war, den Hüttenmeister und M. d. L. Karl Albrecht zum endgültigen Geschäftsführer des Verbandes...

Herr Albrecht ist Hüttenmeister in der Neunkirchner Hütte, die dem großen Wolf-Konzern gehört. Die Auswahl grade dieses Mannes zeigt deutlich, wozu der ganze, vom Hitlerreich aus betriebene Kurs gehen soll. Ein Ober-Proletarier

mit allen Vollmachten wieder über die Proleten! In den berüchtigten Zeiten, als das sogenannte „Königreich Stumm“ noch nicht durch den politischen und sozialen Aufstieg auch grade der Saararbeiterschaft entthront war, waren auch die Meister und sogar die Obergeringensleute im gelben Gewerkeverein die „proletarischen“ Führer. Als Angestellte in ganz anderem Abhängigkeitsverhältnis zum Unternehmen, waren grade diese Gewerkevereins-Führertypen der sichtbarste Ausdruck für den Grad der Hörigkeit und Unterwürfigkeit, die den Arbeiter samt seiner Familie ins Joch der industriellen Baronie zwangen. Kunststück, wenn niemand begeisterter Anhänger und Wortführer der Hitlererei an der Saar ist, als Herr Röschling, der Saarplutokrat selber! Sogar als Zeuge verdingt man sich, wie eben im Falle Pick, im Interesse jener großen Sache, die das soziale Mittelalter, unter dem kein deutscher Bezirk so gelitten hat, wie die Saar, wieder heraufführt.

Die „Neue Saarpost“ ist ein Blatt der nichtgleichgeschalteten Katholiken. Sie steht sozialistischer, oder auch nur rein gewerkschaftlicher Auffassung der Arbeiterfrage durchaus fern. Aber auch die „Neue Saarpost“ muß, weil sie ein ehrliches Blatt ist und weil sie ihr Saarländchen liebt, jetzt feststellen:

Es ist (die Ernennung eines Hüttenmeisters zum Geschäftsführer eines Arbeiterverbandes D. V.) dies der Punkt, der die Lage an der Saar blitzartig beleuchtet und den Beginn eines „Fortstrettes“ darstellt, der die saarländische Arbeiterschaft wieder in die berüchtigten Zeiten des Stumm-Hilger-Systems zurückwerfen soll. Und wer von den Alten erinnert sich nicht noch der Blütezeit der gelben Gewerkschaften mit ihrer wirtschaftlichen Entrechtung und politischen Knechtung der Arbeiterschaft, mit der persönlichen Unfreiheit und Hörigkeit des Arbeiters samt seiner Familie?!

Wie gesagt, ein katholisches, ein bürgerliches Blatt stellt diese sozialen Aussichten an der gleichgeschalteten Saar fest. Und das — das hat mit seinem Singen der Adolf Hitler getan!

viel zu kluge und realistische Rechner sind, als das sie über der neuen Freundschaft mit Frankreich das alte Verhältnis zu Deutschland vergessen wollten.“

Mit Genugtuung wird ferner mitgeteilt, daß im Politbüro Opposition „gegen eine allzu einseitige Bindung des Sowjetstaates an die imperialistischen Mächte des Westens laut geworden ist“.

Es sind also hüben und drüben Tendenzen zur Erneuerung der deutsch-russischen Freundschaft wirksam. Ob sie sich durchsetzen werden, ist freilich noch nicht abzusehen.

## Freiheit in Deutschland

Vernichtende Feststellungen der »Times«.

Die »Times«, das große konservative Blatt Englands, dessen journalistische Tradition größte Zurückhaltung im Urteil und höchste Vornehmheit der Form ist, wurde in den letzten Tagen in Deutschland beinahe läglich beschlagnahmt. Das Volk soll nicht erfahren, wie das konservative England über das Dritte Reich denkt. Die derzeitigen Machthaber Deutschlands haben wahrhaftig auch allen Grund, ihren Untertanen die Wahrheiten vorzuenthalten, die in der »Times« jetzt zu finden sind. So las man dort am 12. Oktober einen Aufsatz, der sich mit den kirchlichen Kämpfen in Deutschland beschäftigte und die bange Frage erhob, ob nun auch die Prediger der christlichen Liebe derselben brutalen Behandlung unterzogen werden sollen wie die politischen Führer, deren Ansichten dem Nazi-Regime unbequem sind. Dann hieß es wörtlich weiter:

„Die Nachrichten, die uns erreichen über das Schicksal einiger gefangen gehaltenen Sozialisten und Kommunisten, müssen ernste Zweifel hervorrufen, ob Deutschland noch zu den Ländern gerechnet werden kann, deren Methoden als zivilisiert zu bezeichnen sind. Was ist der gegenwärtige Zustand von Heilmann? Was ist mit Carl von Ossietzky geschehen? Warum ist das Versprechen, Dr. Neubauer freizulassen, nicht gehalten worden? Keine Anklage ist erhoben worden gegen Thälmann, dem Kommunistenführer, und sein Kollege Torgler wurde schon vor langer Zeit von der er-

drückten Beschuldigung, den Reichstag in Brand gesetzt zu haben, freigesprochen. Furchtbare Gerüchte erreichen London, für deren Wahrheit alle Umstände sprechen, daß man politische Gegner nicht freiläßt, es sei denn in einem Zustand, der Gewähr dafür bietet, daß sie dem Nazi-Regiment nicht mehr gefährlich werden können. Das einzig wirksame Mittel zur Widerlegung solcher Anklagen wäre es, wenn man die Gefangenen vor Gericht bringen oder aber freilassen würde. Hitler hat als seine Absicht verkündet, die Moral des deutschen Volkes zu heben, und dieses Ziel muß allgemeine Anerkennung finden. Aber keine Nation kann erhoben werden durch Methoden, die für die Menschheit eine Erniedrigung sind.“

Die deutschen Machthaber sind dem Rat der »Times« nicht gefolgt, sondern sie haben die »Times« konfisziert. Diese Beschlagnahme ist eine Tat des schlechten Gewissens.

## Militarismus mit Terror

In Nürnberg hatte sich der Mitinhaber einer Firma gewiegert, sein Haus für eine Luftschutzübung zur Verfügung zu stellen, wobei er gleichzeitig abfällige Äußerungen über den Luftschutz getan hatte. Der Firmeninhaber war deswegen in der „Fränkischen Tageszeitung“ angeprangert worden. Nunmehr gibt er in der „Fränkischen Tageszeitung“ eine öffentliche Erklärung ab, in der er sagt, er habe in einer ihm heute völlig unerklärlichen Verkennung der Dinge gehandelt, er sehe ein, daß er sich in schwerer Weise gegen die Volksgemeinschaft vergangen habe, er bedaure sein Verhalten und bitte um Entschuldigung.

Die „Fränkische Tageszeitung“ erklärt dazu, es sei deutsch, in einem solchen Falle nicht nachzutragen, und sie erwarte daher, daß die Meldung der Verkaufsstellen der betreffenden Firma nicht weiter anhalten werde.

„Deutsch“ ist es also auch, vor dem Terror auf dem Bauche zu rutschen.

## Helden-Ehrung

Hitler hat dem Obersturmführer Emil Motz für seine Teilnahme am Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 das

Ehrenzeichen am roten Bande verliehen. Wir wissen nicht, ob dieser Motz ebenfalls vor der Feldherrnhalle auf dem Bauche gelegen hat, oder worin seine Heldentaten beim Hitler- oder Faschingsputsch bestanden haben. Wir haben bisher auch nicht beachtet, daß Hitler wieder Orden an bunten Bändern eingeführt hat — vielleicht haben wir es im Glanze der Sterne von Lametta-Hermanns Brust übersehen. Es war aber gewiß notwendig! So viele sind seit Hitlers Machtantritt mit dem Band des E. K. II herumgelaufen, daß es Zeit wurde, daß die wirklichen Helden vom November 1923 von dem ganz gewöhnlichen Frontschweinen des Weltkrieges unterschieden wurden.

Gekämpft hat übrigens beim Faschingsputsch 1923 nur einer der braunen Oberbozen. Den hat Hitler ganz besonders belohnt. Er hat ihn erschließen lassen. Es war — Röhm!

## Kein Gewissenszwang

Artur Dinter, der immer noch lebt, erteilt in seiner Zeitschrift »Die Deutsche Volkskirche« einem Frager folgende Antwort:

Freiwilliger Arbeitsdienst in K. Wenn Sie in Ihrem Lager darauf verpflichtet werden sollen, sich zur „Deutschen Glaubensbewegung“ oder einer andern antichristlichen Richtung zu bekennen, so entspricht das zweifellos nicht dem Willen des Führers... Wir empfehlen Ihnen, sich bei der zuständigen Stelle über eine solche Gewissensvergewaltigung zu beschweren.“

Es ist verständlich, daß Dr. Dinter, der selbst eine der unzähligen neudeutschen Sekten leitet, gegen die Konkurrenz zu Felde zieht. Dem jungen Anfrager aber dürfte der Ratsschlag, falls er sich danach richtet, übel bekommen. Das Lager wird ihm zur Hölle werden. Immerhin erfährt man auf diesem Briefkasten-Wege, was beim Arbeitsdienst so vor sich geht: die Führer kellen ihre „Gefolgschaft“ zwangsweise für alle möglichen Vereine, Wotanasekten und Klubs, an denen sie selbst Interesse haben. Der Führer „will das natürlich nicht“, der Führer will überhaupt keinen Gewissenszwang, der Führer erlaubt nur, daß alle Andersdenkenden gefoltert, eingesperrt, gemordet oder hingerichtet werden.

# Konflikte mit aller Welt

Deutschland ohne Kredit — Waren nur gegen bar — Die diskriminierten USA

Kürzlich konnte man im Londoner „Economist“ folgende Schilderung lesen:

„Schachts „Neuer Plan“ ist keineswegs am 24. September, wie angekündigt, wirklich in Kraft getreten. Mehrere Tage später hatten die Ueberwachungsstellen noch keine genauen Anweisungen über ihre Kompetenzen und konnten die Devisenzertifikate gar nicht ausstellen. Trotz oder vielleicht gerade infolge der täglichen, langatmigen, unklaren und schluderhaften Verordnungen blieben die Importeure über viele wichtige Punkte im Unklaren. Die Bürokratisierung des neuen Systems ist bis zum Äußersten getrieben. Es erfordert, abgesehen von den Verwaltungsabgaben der Importeure und Fabrikanten, einen namhaften Aufwand von Zeit und Geld und verlangt von ihnen unter Androhung von Gefängnisstrafen die Lösung von Problemen, die eher der Metaphysik als dem Geschäftsleben angehören, z. B. des Problems der kontinuierlichen Identität einer Substanz, z. B. eines Metalls, das durch die Hände verschiedener von einander unabhängiger Konzerne geht und verschiedenen industriellen Verarbeitungsprozessen unterworfen wird. Während der ersten Tage blieben die Ueberwachungsstellen ohne Organisation und Weisung und mußten die Gesuchsteller abweisen. Aufschub und Desorganisation waren die Folge.“

Die Desorganisation liegt aber nicht allein in dem Versagen des bürokratischen Apparats, sondern im Wesen des Systems selbst, das zu einer Desorganisation aller Außenhandelsbeziehungen geführt hat. Seitdem es diesen „Neuen Plan“ gibt, der den Import einer Ware nur gestattet, wenn für ihn eine spezielle Einfuhrerlaubnis ausgestellt und sogleich die notwendige Devisensumme zuguteilt wird, haben die deutschen Importeure zunächst die Einfuhr von Rohstoffen, aber auch von Halb- und Fertigfabrikaten, insbesondere der Textil- und Metallindustrie, mit aller Macht gesteigert. Sie konnten das, indem sie die Zahlungen auf das Verrechnungskonto leisteten, das die meisten ausländischen Notenbanken bei der Reichsbank eingerichtet hatten. Als es zur effektiven Devisenzahlung kommen sollte, erklärte Schacht, keine Devisen zur Verfügung zu haben. Die Waren blieben unbezahlt und so entstand

eine neue Warenschuld, die offiziell mit 500 Millionen Mark zugestanden wird, in Wirklichkeit aber noch höher ist.

Im Ausland entstand wilde Empörung über die den Fabrikanten und Exporteuren auferlegte Zwangsanleihe, die englischen Garn- und Wollfabrikanten, die französischen Lieferanten von Kammzug stellten die Lieferungen ein und die Regierungen von England, Holland und der Schweiz schickten ihre Unterhändler, die die Wiedergutmachung des von der Auslands- presse einmütig als betrügerischer Bankrott bezeichneten Vorgehens forderten, ohne allerdings bisher schon definitive Resultate erzielt zu haben.

Aber das stürmische Vorgehen der deutschen Importeure hatte noch eine andere Folge. Man weiß, daß die Verrechnungsabkommen auf der Tatsache beruhen, daß Deutschland mit den Ländern, die diese Abkommen abgeschlossen haben, eine aktive Handelsbilanz hat. Da Deutschland an diese Länder mehr Waren verkauft als es in sie einführt, entsteht ein Devisenüberschuß für Deutschland, der zur Befriedigung der ausländischen Warenlieferanten und darüber hinaus der ausländischen Gläubiger dienen soll.

Der stark anschwellende deutsche Import hat aber nun diesen Ueberschuß gegenüber einer Reihe von Ländern entweder ganz beseitigt oder stark vermindert. So

weist die deutsch-französische Handelsbilanz zum erstenmal seit Jahren einen Aktivsaldo zugunsten Frankreichs auf,

d. h. also, Frankreich hat von Deutschland mehr zu fordern als umgekehrt, der deutsche Devisenüberschuß hat sich in ein Minus verwandelt. Der deutsch-französische Handel schloß nämlich im August mit einem deutschen Einfuhrüberschuß von 17,5 Mill. franz. Francs ab, die Einfuhr aus Deutschland ging in diesem Monat um 14,2 auf 150,8 Mill. zurück, während die Ausfuhr nach Deutschland um 13 Mill. auf 168,3 Mill. angewachsen ist.

Eine besondere Note erhält diese Tatsache durch den Umstand, daß zu den Leidtragenden

die Fabrikanten und Exporteure des Saargebiets

gehören, das ja mit Frankreich zu einer Zollunion zusammengeschlossen ist. Das Saargebiet hat für nach Deutschland exportierte Waren zirka 120 Mill. franz. Francs zu fordern. Das bedeutet, daß die ohnehin nicht sehr kapitalstarke Industrie des Saargebietes sich ihres Betriebskapitals beraubt sieht und nicht weiß, wie sie die Lohnzahlungen und Transportkosten aufbringen soll. Unter Umständen drohen ausgedehnte Betriebseinstellungen. Infolge dieser Situation stöcken auch die Steuereinnahmen bei den Gemeinden und die Auszahlungen der öffentlichen Kassen können nur noch mit Mühe und Not geleistet werden. Die Gleichgeschalteten an der Saar suchen zwar die Verantwortung für diese Bedrängnis auf die französische Regierung abzuwälzen, aber die Tatsachen sprechen doch zu deutlich, als daß nicht jeder wüßte, daß nur der betrügerische Bankrott Schachts, daß nur die leichtfertige Katastrophenpolitik der nationalsozialistischen Diktatur jetzt die Saar mit Arbeitslosigkeit bedroht.

Aber auch gegenüber Holland und namentlich der Schweiz hat sich der deutsche Ausfuhrüberschuß so stark verringert, daß in diesen Ländern ernste Bedenken auftauchen, ob die Ueberschüsse ausreichen werden, um die durch die Verträge garantierten Zinszahlungen an die Gläubiger leisten zu können. Vorläufig haben sich die Regierungen vorerst damit begnügt, ihre Exporteure aufzufordern, die Ausfuhr nach Deutschland einzuschränken, nur die Schweiz ist zu einer direkten Ausfuhrkontrolle übergegangen. Jedenfalls führen diese Vorgänge immer mehr dazu,

## Das Volkseinkommen sinkt!

Seit Monaten haben die Agenten des Dritten Reiches in die Welt hinausposaunt, die Besserung der gesamten wirtschaftlichen Lage in Deutschland werde durch die Höhe des Volkseinkommens im Jahre 1933 bewiesen werden. Sie wußten schon im voraus, daß es seit Jahren zum ersten Male wieder gestiegen sei. In den Krisenjahren war das Volkseinkommen andauernd gesunken. Es betrug in Milliarden Reichsmark: 1929 76,1; 1930 70,2; 1931 57,1; 1932 46,5.

Es war demnach von seinem höchsten Stand im besten Konjunkturjahre 1929 um beinahe 30 Milliarden RM. gefallen. Im neuesten Heft für „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 18) sind die Angaben über das Volkseinkommen für das Jahr 1933 enthalten. Das Volkseinkommen ist vom Statistischen Reichsamt mit

46,4 Milliarden RM.

ermittelt worden. Diese Höhe des Volkseinkommens wird als „leichte Besserung“ bezeichnet. Sie bringe eine Zunahme des Volkseinkommens um 1,1 Milliarden RM. oder um 2,4 Prozent zum Ausdruck.

Nach dem großen Lärm, den die Nationalsozialisten mit dem angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung, der nach der Machtübernahme durch Hitler eingetreten sei, gemacht haben, müßte diese geringe Steigerung des Volkseinkommens als außerordentlich mäßig bezeichnet werden — wenn sie nur überhaupt vorhanden wäre.

Da aber nach allen bisherigen amtlichen Mitteilungen das Volkseinkommen für 1932, so wie oben angegeben, 46,5 Milliarden RM. betragen hat, und sich 1933 auf 46,4 Milliarden RM. beläuft, so ist keine Steigerung, sondern eine Verminderung des Volkseinkommens um rund 100 Millionen RM. eingetreten.

Weil diese tatsächliche Bewegung des Volkseinkommens die offiziellen Lügen über den wirtschaftlichen Aufstieg und die Besserung der sozialen Lage enthüllt, muß sie gefälscht werden.

Wie machen es die Herren über Leben und Statistik, um die neuerliche Senkung des Volkseinkommens in eine Zunahme umzu- lügen? Sie sind nicht verlegen. Sie setzen einfach das Volkseinkommen für 1932 nachträglich von 46,5 auf 45,3 Milliarden RM. herab. Dann wird aus der Verminderung um

daß auch die handelsübliche Kreditgewährung aufhört und

Waren nach Deutschland nur gegen bar,

d. h. gegen vorgängige Devisenzahlung werden geliefert werden. Schacht ist die Erpressung langfristiger Kreditgewährung mißlungen, und die deutschen Rohstoffimporte werden eine weitere Erschwerung erfahren.

Unterdessen ist am 15. Oktober die Zahlung der

Zinsen für die Dawes-Anleihe fällig geworden. Die Angehörigen der meisten europäischen Staaten, mit denen besondere Abkommen abgeschlossen wurden, werden die Zinsen diesmal voll ausgezahlt erhalten, nicht aber die Angehörigen der Vereinigten Staaten. Diese erhalten nur die 50 Prozent, die in den Monaten April bis Juni vor Verkündung des Transfermoratoriums durch die Reichsbank bei den Treuhändern zur Verfügung gestellt worden waren, die anderen 50 Prozent in Sperrmark. Da sie diese nur mit erheblichen Disagio verwerten können, erhalten sie statt 100 Prozent (und dazu in entwerteten Dollars) nur etwa 75 Prozent. Das ist eine offene Diskriminierung der amerikanischen Gläubiger. Dazu kommt, daß auch über die sonstigen privaten Forderungen mit den Vereinigten Staaten bisher kein Abkommen getroffen worden ist. Die amerikanische Regierung hat gegen diese Schlechterstellung bereits protestiert und so kündigt sich ein

neuer Konflikt mit der größten Wirtschaftsmacht

an, dessen Folgen weittragend sein können. Die Herauslösung Deutschlands aus der Weltwirtschaft scheint doch kein so einfaches Problem zu sein, wie es sich die nationalsozialistischen Dilettanten vorgestellt haben.

Dr. Richard Kern.

100 Millionen RM. eine Zunahme von 1,1 Milliarde.“

Fürwahr, ein einfaches Rezept, das nur zu dem Zweck in Anwendung gebracht wurde, um eine günstige Entwicklung des deutschen Volkseinkommens vorführen zu können.

Zu diesem neuen Schwindel mußten die statistischen Knechte des Monopolkapitalismus um so mehr Zuflucht nehmen, als eine Aufspaltung des Volkseinkommens für 1933 die Verschlechterung der Lage der vielen Millionen Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen erkennen läßt. Es betrug das Volkseinkommen aus:

	Lohn u. Gehalt	Pensionen u. Renten
1929	43,0	9,2
1930	39,6	10,0
1931	33,1	10,0
1932	26,2	9,2
1933	26,0	8,4

Daraus geht einwandfrei hervor, daß im Jahre 1933 das Volkseinkommen aus Lohn und Gehalt noch um 200 Millionen RM. geringer ist, als 1932 — obwohl die Arbeitslosenziffer im Jahresdurchschnitt um etwa 800.000 niedriger sein soll und außerdem die Löhne und Gehälter ihre alte Höhe behalten haben sollen.

Aber natürlich beginnt auch wieder die nationalsozialistische Hexerei, die aus einem Rückgang eine Vermehrung zu machen versteht. Da der Betrag für 1933 nicht einfach willkürlich erhöht werden kann, so wird

das Volkseinkommen aus Lohn und Gehalt für 1932 eben nachträglich „berichtigt“, und zwar so, daß es um 500 Millionen RM. herabgesetzt wird! Nach dieser Korrektur beträgt es für 1932 nicht mehr 26,2, sondern nur noch 25,7 Milliarden RM. und nun ergibt sich auch für 1933 eine Vermehrung um rund 300 Millionen RM.!

In „Wirtschaft und Statistik“ wird diese „Berichtigung“ so aufgedeckt:

„Es wurde die Berechnung des Einkommens aus Lohn und Gehalt für die letzten Jahre mit Hilfe der Statistik der Beitragsleistungen zur Sozialversicherung neu vorgenommen und für das Jahr 1932 zugleich an der Statistik des Steuerabzuges vom Arbeitslohn überprüft. Die frühere Schätzung für 1932, die sich in der Hauptsache auf eine Umrechnung des tatsächlichen Lohnsteuernaufkommens gestützt hatte, erwies sich dabei als zu hoch und wurde entsprechend berichtigt.“

Aber selbst die gefälschte Zunahme stimmt mit der in allen Führerreden be-

haupteten „günstigen Wirtschaftsgestaltung“ nicht überein, weshalb in dem Artikel dem noch ein Kommentar gegeben wird:

„Sodann braucht auch das Einkommen der Arbeiter und Angestellten, das ohne solchen zeitlichen Zwischenraum, gewissermaßen Zug um Zug gegen die dargebrachte Leistung bezogen wird, nicht parallel mit der Produktionsausdehnung zu steigen. Denn der weitgehend mechanisierte und in der Krisenzeit nur zu einem Teil ausgenutzte Produktionsapparat bedarf zu einer bestimmten Leistungssteigerung nicht eine Vermehrung der Arbeitskräfte in gleichem, sondern nur in verhältnismäßig geringerem Grade.“

Das ist wohl richtig, aber diese Sätze, die die in Wirklichkeit nicht vorhandene geringe Steigerung des Einkommens aus Lohn und Gehalt aufklären sollen, richten sich gegen die Fälschung der Arbeitslosenstatistik, durch die ein Sinken der Arbeitslosenziffern ausgewiesen wird, das mit der Produktionsentwicklung nicht im Einklang steht.

Bemerkenswert ist außerdem die Bewegung des Einkommens aus Pensionen und Renten. Es fallen darunter die Beamtenpensionen, Altentgeltbesitze, Renten und sonstige Barleistungen der Sozialversicherung, Kriegsrenten, Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen.

Dieses Einkommen hat sich gegenüber 1932 um 800 Millionen RM. vermindert.

In dem Artikel in „Wirtschaft und Statistik“ wird nun zugegeben, daß das Einkommen aus den Beamtenpensionen gestiegen ist, und der Rückgang nur bei den Einkommen aus den anderen Bezügen stattgefunden hat. Es ergibt sich sonach, daß

im Jahre 1933 die Barleistungen der Sozialversicherung, die Kriegsrenten, die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen um annähernd 1 Milliarde RM. gesunken sind.

Mit dem Rückgang von 300 Millionen RM. bei dem Einkommen aus Lohn und Gehalt ist also für das Jahr 1933 ein Rückgang des gesamten Volkseinkommens aus unselbständiger Arbeit um rund 1,2 Milliarden RM. festzustellen.

Anders ist die Entwicklung der übrigen Teile des Volkseinkommens. Es betrug aus Unternehmertätigkeit: 1929 15,4, 1930 15,5, 1931 11,2, 1932 9,6, 1933 10,5. Hier ist also tatsächlich eine Steigerung um rund 900 Millionen RM. eingetreten.

Interessant ist weiter, daß auch das Einkommen aus Kapital- und Grundvermögen mit 2,3 Milliarden RM. die gleiche Höhe erreicht hat, wie 1932. Die „Brochung der Zinsknechtschaft“, die die Nationalsozialisten vor der Machtergreifung dem deutschen Volke als heiligste Tat versprochen haben, ist demnach den Kapitalbesitzern nicht schlecht bekommen.

Schließlich rechnet die nationalsozialistische Statistik noch vor, daß die Zunahme des realen Volkseinkommens gar 4,6 Prozent gegenüber 1932 betrage. Bleiben wir aber bei den nicht nachträglich „berichtigten“ — lies: gefälschten — Zahlen des Volkseinkommens aus Lohn, Gehalt, Pensionen und Renten, also aus unselbständiger Arbeit, so stellen wir

für 1933 eine Senkung des nominalen Einkommens um etwa 2,5 Prozent fest.

Da aber gerade der Teil des Volkes, der von dem Einkommen aus „unselbständiger Arbeit“ lebt, im Jahre 1933 mit Spenden, „freiwilligen“ Abgaben und Hilfen mächtig geschröpft worden ist, da außerdem auch die Preise für die unentbehrlichsten Lebensmittel und Bedarfsartikel stark angezogen haben, ist zwar nicht die Erhöhung, wohl aber

der Rückgang dieses Teiles des Volkseinkommens, der auf die breiten Schichten des arbeitenden Volkes entfällt, mit mindestens 4,6 Prozent einzusetzen.

Diese Wahrheit über das Volkseinkommen stimmt überein mit allem, was in der jüngsten Zeit entgegen der amtlichen Lügenpropaganda über die tatsächliche wirtschaftliche Situation und über die soziale Lage der Arbeiterklasse in Deutschland bekannt geworden ist.

## Noble

### Reichstagsabgeordnete

Für die Winterhilfe hat die Fraktion der Nazis auf Veranlassung ihres Fraktionsführers Dr. Frick den Betrag von 10.000 Reichsmark gestiftet. Da die Fraktion über 660 Mitglieder verfügt, die für ihr Nichtstun eine Jahresentschädigung von 7200 Reichsmark bekommen, so entfällt auf jedes Mitglied für die Winterhilfe der fürstliche Betrag von 15 Mark jährlich oder 1,25 Mark monatlich.

Da behaupte nun noch einmal jemand, die Nazi-Abgeordneten täten nicht alles, um die wahre Volksgemeinschaft herzustellen!

# Nach dem Riesenstreik in USA.

## Wandlungen der amerikanischen Klassenkämpfe

### 1. Regierung und Gewerkschaften

Seit dem Regierungsantritt Roosevelts sind einhalb Jahre vergangen und während dieser Zeit sind die Staaten von den heftigsten sozialen Auseinandersetzungen getroffen worden. Wenn es ein unbestreitbares Verdienst gibt, das der Kurs des Präsidenten für sich in Anspruch nehmen kann, so ist es dies: er hat die Fronten der Wirtschaft aus ihrer Starre erlöset. Er hat die unsichtbaren Fesseln, die den Wirtschaftskörper zusammenpreßten, aufgelockert. Er hat eine Kriseninitiative ergriffen, die in geradezu lehrhafter Weise Möglichkeiten und Grenzen jeder kapitalistischen Krisenpolitik aufzeigte. Er war gezwungen, hinter dem abstrakten Begriff der „Wirtschaft“, wie ihn der Kapitalismus zur Verschleiерung seiner Profitgesetzlichkeit ausbildet, die lebendigen Interessenzusammenhänge der Klassen sichtbar werden zu lassen.

Am 16. Juni 1933 wurde die „National Recovery Administration“ NRA konstituiert; mit dieser Gründung sollte eine neue Ära der amerikanischen Wirtschaft eingeleitet werden. Roosevelt und sein Kreis hofften, durch ein dichtes Netz von Industrieverträgen (Codes) regulierend in den Wirtschaftsprozess eingreifen und ihn dirigieren zu können. Ursprünglich stützte sich Roosevelt dabei auf den sogenannten „Trust der Gehirne“, der ein intellektuelles System für die Lenkung der Gesamtwirtschaft ausgeklügelt hatte. Es zeigte sich aber sehr bald, daß der Kapitalismus den Vorschriften und Gesetzen des im luftleeren Raum der Wirtschaftsphilosophie sich bewegenden Denkens nicht gehorcht. Roosevelt mußte deshalb nach anderen sozialen Gruppierungen Ausschau halten, deren Interessen und Zielsetzungen mit seinen Vorstellungen von der Wirtschaft in Einklang standen.

Unter den Faktoren, die mit an erster Stelle in der Kalkulation der neuen Männer zur Durchsetzung ihrer planwirtschaftlichen Projekte rangierten, befanden sich die industriellen Arbeiter. Roosevelt versprach ihnen die Brechung der industriefeudalistischen Herrschaft. Mit durchschlagendem Erfolg hatte sich die Großindustrie bisher gegen die freie gewerkschaftliche Organisation ihrer Arbeiter zur Wehr gesetzt. Gelbe Betriebsgewerkschaften ohne jede sozialpolitische Selbständigkeit, mit durchweg von den Unternehmern bestochenen Funktionären besaßen das Monopol auf die Organisation der Arbeiter. Sie erschöpften ihre Tätigkeit in der Bespitzelung der Belegschaften, in der moralischen Sabotage jedes Widerstandes und in der Einrichtung von allerhand Vergünstigungen für die Arbeiter; denn die Unternehmer ließen sich die Aufrechterhaltung ihres Willkürregimentes im Betrieb etwas kosten.

Roosevelt hoffte, durch staatliche Anerkennung die Gewerkschaften an sich zu fesseln. Es wurde Artikel 7a des Recovery-Gesetzes geschaffen, in dem den Arbeitern freigelegte Kollektivvertretungen zugesichert

wurden. Aber die staatliche Sanktion der Gewerkschaft hatte noch keineswegs ihre Anerkennung durch die Kapitalisten zur Folge. Die erste Streikwelle kam. Alle Streiks, die im Rahmen der ersten Welle stattfanden, kreisten um die Durchsetzung des NRA-Statuts. Mit unerhörtem Heroismus kämpften die Arbeiter — zunächst nicht unmittelbar um lohn- und sozialpolitische Forderungen, sondern um praktische Verwirklichung eines staatlich legalisierten Zieles: die Anerkennung ihrer Gewerkschaften. Unterdes erfolgte die Unterbrechung der Roosevelt-Konjunktur. Die Ankurbelung der Wirtschaft war nach dem Abflauen der ersten Begeisterung stecken geblieben. Vor allem zeigte sich, daß es ganz und gar nicht die Konsumenten und Arbeiter waren, die einen klaren Gewinn aus dem sprunghaften Ansteigen der Produktionsziffern herausholen konnten. Die entscheidenden Unternehmergruppen hatten die größtenteils durch staatliche Bemühungen hereingekommenen Aufträge dazu benutzt, den Arbeitsprozeß noch stärker zu intensivieren. Tatsächlich wurden neue Arbeiter eingestellt, aber insgesamt kaum mehr als 2½ Millionen,

so daß USA immer noch über 10 Millionen Erwerbslose — nach vorsichtigen Schätzungen — zählt. Die Löhne wurden nominell erhöht, aber diese Erhöhungen hielten bei weitem nicht Schritt mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

So kam es, daß der Kampf um die Koalitionsfreiheit sich sozialpolitisch außerordentlich zuspitzte. Die amtliche Streikstatistik ist schon deshalb sehr mangelhaft, weil sie eine große Anzahl von Teilkämpfen überhaupt

Die amerikanischen Streiks haben durch die extrem gelagerten Klassenverhältnisse immer einen besonderen Charakter getragen. Besonders an der Westküste und in den Südstaaten haben die Unternehmer von jeher versucht, durch

zwangsweise Anwerbung von Streikbrechergarden gewaltsame Provokationen herbeizuführen. Die Söldner der Unternehmer bewaffneten sich, drangen in die Streiklokale ein, lynch-

organisation zusammengeschlossen sind, noch keineswegs die Konkurrenz der Arbeiter untereinander aufheben oder eine wirkliche Einheitlichkeit der Aktionskraft zustande bringen. Hinzu kommt der sehr scharfe Gegensatz, der zur politischen Partei, der Sozialistischen Partei Amerikas, besteht. Die Gewerkschaften haben ein sehr klares und begrenztes Ziel vor Augen; sie wollen den Staat zwingen, eindeutig für die legale Existenz der freien Organisationsfarbe zu erkennen und seine Autorität auch dem mächtigsten Unternehmer gegenüber zur Geltung zu bringen. Darüber hinaus sind sie bereit, die staatliche Schlichtung bedingungslos anzuerkennen und sie tun dies auch in den Fällen, in denen die Schlichtungsinstanz letzten Endes gegen die Arbeiter entscheidet. Die Geschichte des Kapitalismus beweist, daß an einer solchen Haltung der Gewerkschaften nicht nur die Arbeiter interessiert sind. Wenn sich der gewerkschaftliche Anspruch in USA bisher doch nicht durchgesetzt hat, so liegt das an dem Feudalcharakter der kapitalistischen Mammutorganisationen, vor denen Roosevelt und seine NRA bisher immer wieder zurückgewichen sind.

### 2. Die Wandlungen der NRA

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in USA bewegen sich nicht mehr auf dem Niveau der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, wo das Proletariat ganz spontan die Betriebe stilllegte, um die Brutalität des jungen, grenzenlos ausbeutungshungrigen Kapitalismus abzuwehren. Die Wandlung des „freien“ Kapitalismus zum monopolistisch durchsetzten Kapitalismus hat entscheidenden Einfluß auf die proletarische Strategie. Wenn man die modernen Kämpfe verstehen will, muß man sie in eine möglichst genaue Beziehung setzen zu den konjunkturellen Vorgängen in der kapitalistischen Wirtschaft.

Als im Jahre 1932 auf dem Höhepunkt der Krise die Streiks merkbar nachließen, da geschah dies nicht nur deshalb, weil die Arbeiter durch die Krise entervt worden waren. Die zurückgehende Kampffähigkeit des Proletariats war vielmehr der Ausdruck einer

fast ausgewogenen Lage des Kapitalismus, die durch die Monopole geschaffen worden war. Die Kraft der Monopole war nicht nur stärker als die Kraft der Arbeiter, sie war auch stärker als der ganze Krisenmechanismus, der durch die Monopole ins Stocken gekommen war. Die Monopole hielten die Preise hoch, sie beherrschten die Banken, sie lähnten durch ihre Konkurrenzmanöver die Unternehmungslust, sie verhinderten die zur Ueberwindung der Krise notwendige Vernichtung des überschüssigen und erneuerungsbedürftigen Kapitals.

Roosevelt war ein Mann der Farmer. Aber wenn er den Farmern helfen wollte, mußte er den ins Stocken geratenen Krisenmechanismus wieder in Gang setzen, er mußte dem Preissturz freien Lauf lassen, mußte im Inland und auf dem Weltmarkt neue Kaufkraft für landwirtschaftliche und industrielle Produkte schaffen. Mit anderen Worten: er mußte die Herrschaft der preisstützenden und hochschutzzöllnerischen Monopole brechen. Das war es, was vielleicht unbewußt aber desto dringlicher die Massen des Volkes von ihm erwarteten! Das war auch die Ursache seiner Anlehnung an die Gewerkschaften, denn er hoffte, die Gewerkschaften würden in die monopolistischen Organisationen Bresche schlagen helfen.

Diesem Zweck diente zunächst auch die NRA. Johnson und seine Leute glaubten mit militärischen Mitteln ihre Aufgabe in Angriff nehmen zu können. Die NRA wurde militärisch organisiert, aber ihre papiernen Kanonenkugeln prallten an den Stahltüren der Monopole wirkungslos ab. Erst seine Ohnmacht gegenüber den Monopolen brachte Roosevelt dazu, jene abentsuerliche Wirtschaftspolitik zu fördern, deren Anfang und deren Ende

Inflation, Währungsmanipulation und Subvention sind. Wohl hat Roosevelt immer wieder den Versuch gemacht, durch organisatorische und handelspolitische Maßnahmen die Monopole anzutippen. Aber das war eine Sisyphusarbeit. Der große Schlag kam nicht und des-

## Trauer in Berlin



„Herr, wir danken Dir, daß wir es diesmal nicht gewesen sind“

nicht erfaßt und andere sogenannte „wilde“ Streiks nur einmalig beim Beginn registriert, während diese in Wirklichkeit immer wieder aufflackern und einmal mehr, einmal weniger Arbeiter in ihren Bereich ziehen. Die folgende Uebersicht gibt deshalb nur einen allgemeinen Eindruck. Die großen Kämpfe des Sommers, der Generalstreik in San Franzisko und der eben beendete Textilarbeiterstreik sind noch nicht einbezogen:

	Zahl der Streikenden in Tausend	Verlorene Arbeitstage in Tausend
1929 . . . . .	230	9.975
1930 . . . . .	158	2.750
1931 . . . . .	279	6.386
1932 . . . . .	343	6.463
1933 . . . . .	775	13.456
1934 I. Viertel.	188	3.880

Die Tabelle beweist, daß auch während der Konjunktur die Streiks nicht abrieten. Erst bei der Versteifung der Krise 1932 läßt die Kampfkraft der Arbeiter nach, um dann bei Beginn der Ära Roosevelt wieder mit aller Stärke einzusetzen.

ten die Streikführer und bildeten auf diese Weise ein kollektives Gangstertum aus, das in seinen Methoden dem kriminellen in nichts nachsteht. Für die Arbeiter bestand das Problem immer darin, auf der einen Seite unbewaffnet zu bleiben, um den Regierungstruppen keinen Anlaß zum Eingreifen zu geben, auf der anderen Seite aber trotzdem dem Unternehmerterror wirksam entgegenzutreten. Das ideale Ziel war nicht immer zu erreichen und besonders dort, wo die Gewerkschaften zu großzügigen Solidaritätsaktionen noch zu schwach waren, griffen die Arbeiter zu dem elementaren Mittel der bewaffneten Selbsthilfe.

Es wäre ganz falsch, aus der Anzahl und dem Umfang der Kämpfe auf eine allgemeine Radikalisierung der Gewerkschaften zu schließen. Die American Federation of Labour sind schon rein organisatorisch für revolutionäre Auseinandersetzungen nicht gerüstet. Es gibt

eine Unzahl mit einander konkurrierender Gewerkschaftsverbände, die dadurch, daß sie in einer großen Dach-

halb können wir verfolgen, wie der Konjunkturverlauf sich nicht in Wellenbewegungen, sondern in Kurven vollzieht, die eine ausgesprochene Tendenz nach unten aufweisen.

Diese Zickzackpolitik läßt sich besonders deutlich an der Stellungnahme Roosevelts und der NRA zu den großen Streiks illustrieren. Während die Regierung am Beginn der Kämpfe noch den Mut hat, sympathisierende Erklärungen für die Streikenden abzugeben oder sich sogar offen auf ihre Seite zu stellen, vollzieht sie regelmäßig eine Schwenkung zur Unternehmenseite, sobald der politische Gefahrenpunkt der Kämpfe erreicht ist.

### 3. Die Konstituierung der Arbeiter zur Klasse

Während der ersten Etappe der NRA-Gesetzgebung waren die kämpfenden Arbeiter tatsächlich Werkzeuge der Regierungspolitik. Sie erhofften — zweifellos mit Recht — von der Entmachtung der Monopole günstigere Voraussetzungen für ihre materiellen Ziele. In dem Augenblick aber, in dem die NRA und Roosevelt selbst eine schwankende Position bezogen, wurde der Kampf um die Koalitionsfreiheit zu einer entscheidenden Etappe in dem Kampf um die

#### Herausbildung eines proletarischen Klassenbewußtseins in USA.

Als wichtigstes Datum für die reaktionäre Umwandlung der NRA kann der Mai 1934 gelten. Da lag der Bericht eines von Roosevelt eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der NRA vor, in dem mit aller Deutlichkeit festgestellt wurde, daß die Praxis der von der NRA geschaffenen Codes darauf hinauslaufe, daß die Monopole sich dieser Codes bemächtigen und ihre Herrschaft über sie dazu benutzen, um die kleineren Unternehmer auszuschalten. Der Bericht empfahl die Rückkehr zu den Antitrust-Gesetzen, die zwar unter Hoover nur eine Scheinexistenz geführt hatten, nun aber offensiv ausgestaltet werden sollten. Die Berichterstatter glaubten wohl selbst nicht recht an die Wirksamkeit des von ihnen empfohlenen Mittels und sprechen in einem Nachtrag deutlich aus, daß die Alternative bestände zwischen Monopolen, die von der Regierung unterstützt würden, und einer Planwirtschaft, die die Sozialisierung der Betriebe zur Voraussetzung habe. Dieser Bericht führte zur Scheidung der Geister. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Darrow wurde seines Amtes enthoben, die Kommission wurde aufgelöst und Roosevelt stellte sich offen an die Seite von Johnson, der für die reaktionäre Entwicklung der NRA verantwortlich war. (Uebrigens bedeutet die jetzt erfolgte Abberufung von Johnson keine radikale Kursänderung der NRA, sondern vorläufig nur eine kompromißlose Maßnahme, da Johnson sich zu stark für die Interessen des Großkapitals exponiert hat.)

Mit der Verdeutlichung der Rolle, die die NRA im Wirtschaftsprozess spielte, veränderte sich auch die Rolle der Arbeiterklasse innerhalb dieses Prozesses: sie wurde aus einem Objekt der NRA-Politik zu einem selbständig handelnden Faktor. Selbst die bewußt

# Göbbels imitierte »Palme«

Ein Leser schreibt uns zu unserer Notiz „Göbbels, der Leutselige“: Wie alles bei den Nazi, so ist auch Göbbels' Besuch in der „Palme“, dem Berliner Obdachlosenasyll, Imitation gewesen, minderwertige selbstverständlich. Göbbels würde nicht schlecht auf den Rücken fallen, wenn er seinen Vorgänger erführe, den Minister, dem tatsächlich das Verdienst gebührt, als erster die Palme besucht zu haben. Es war dies nämlich der preußische Kultusminister der Revolution, der verstorbene Genosse Adolf Hoffmann, als der „Zehn-Gebote-Hoffmann“ der Reaktion verhaßt.

Allerdings, zwischen Göbbels und Hoffmanns Besuch besteht ein Unterschied wie zwischen Nacht und Tag, oder, richtiger gesagt, wie zwischen Nationalsozialismus und Sozialdemokratie. Göbbels hat das Asyl besucht, um für sich Reklame zu machen, Adolf Hoffmann, um auf diese Manier schreiende Mißstände zu beseitigen. Gerade weil in dieser Verschiedenheit des Zweckes wie des Auftretens eine Welt liegt, sei die Geschichte von Hoffmanns Besuch hier kurz erzählt: Hoffmann war damals freilich noch nicht

Minister, sondern erst Berliner Stadtverordneter. Die Geschichte spielt nämlich noch in der wilhelminischen Zeit. Das damals unter der Verwaltung des berühmten Kommunal-Freilanns stehende Asyl war eine Brutstätte für alle möglichen Mißstände. Das fürchterlichste war die ewige Prügelei, die von den Aufsehern, meist ehemaligen Schutzleuten und Unteroffizieren, nach heutigen SA-Methoden gegen die recht- und wehrlosen Asylisten getrieben wurde. Beschwerden blieben fruchtlos, auch wenn sie durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten vorgebracht wurden. Schon damals gab es dagegen das eherne „Es ist nicht wahr“, in dem ja Göbbels ganz besondere Übung besitzt.

Adolf Hoffmann gebührt das Verdienst, durch seinen Asylbesuch dieses „es ist nicht wahr“ zerstört zu haben. Er kam allerdings nicht wie Göbbels mit tatü-tata vorgefahren, sondern mischte sich abends unauffällig in schäbigster Kluft unter die einlaßhellschenden Asylisten, von denen er sich nicht wie Göbbels bewußt rühmte, sondern deren ganze Misere er mitmachte, um sie gründlich kennen zu lernen. Er

lernte sie wirklich von Grund auf kennen, denn als er gegen die Eigenmächtigkeit eines Aufsehers, der sich um das Reglement nicht kümmerte, Verwahrung erhob, erhielt er von mehreren derselben eine gesalzene Tracht Prügel. Nun erst stellte er sich als der Stadtverordnete Hoffmann vor, ließ sich zum Direktor führen, dem er seine Erlebnisse vortrug. Es gab einen Mordspektakel, die Schuldigen wurden bestraft, und der heilsame Schrecken war so groß, daß von Stund an sich die Behandlung der Asylisten erheblich besserte. Kein Aufseher wollte mehr riskieren, am Ende einen Stadtverordneten zu verprügeln!

So hat der Besuch Adolf Hoffmanns den Asylisten wirklich zum Segen gereicht, während es bei Göbbels bei einer leeren Schaustellung geblieben ist. Man hat hier wirklich in der Nußschale den Unterschied zwischen sozialdemokratischer Hilfsbereitschaft und nationalsozialistischer hohler Reklame. Wenn es eine freie Meinung in Deutschland gäbe, würde diese Erinnerung genügen, den ganzen Reklameerfolg des Göbbels in Nichts aufzulösen. M.

### Dorfzuchtwart mit Erfolge

Es wird in Deutschland offenbar noch viel zu viel durcheinander geheiratet. Schließlich genügt es nicht, daß „am Walde die Heckenrosen blühen“, daß ein „Burschenherz voll Liebestust schlägt“, daß zwei junge Leute „am Holderbusch Hand in Hand saßen“ — es kommt vor allem auf die beiderseitigen Großmütter, Stammbäume, Ahnenkarten und Sippenbücher an. Im Hauptblatt des Reichsnährstandes wurde soeben ein beachtlicher Vorschlag gemacht, wie die Liebesromantik auf dem Lande zugunsten der Aufzucht abzuschaffen sei. „Der Dorfarzt“, so behauptet Darrés Leitblatt, „kann und muß auch Zuchtwart sein“.

Und auf diesen Zuchtwart werden große Hoffnungen gesetzt. Er müsse, so heißt es da, durch Beratung und Belehrung weitgehenden Einfluß auf die Ehwahl der ländlichen Jugend gewinnen. Besonders wertvollen Ehegatten werde er klarmachen, daß sie verpflichtet sind, eine möglichst große Zahl von Kindern zu haben. Ob der Dorfarzt die möglichst große Zahl von Kindern dann auch ernähren wird, steht zwar nicht dabei. Aber die wertvollen Paare werden sich wohl dennoch drum reißen, ihrem lieben Doktor gefällig zu sein.

Aber auch der Zuchtwart selbst tut gut daran, sich eifrig fortzupflanzen, denn die Nährständler sind der Ansicht, daß der Dorfarzt hauptsächlich dann mit Erfolg Zuchtwart sein könne, „wenn wir erst Dorfarztgeschlechter haben, wenn also einer der Söhne

### Der rein gewerkschaftliche Kampf unmöglich geworden

enge Begrenzung der gewerkschaftlichen Kampfziele hat es nicht verhindern können, daß sich wenigstens bis zu einem gewissen Grade eine ideologische Umwälzung in der Arbeiterschaft vollzog. Heute sind die Folgen der eingehenden geschichtlichen Belehrung, die den amerikanischen Arbeitern zuteil geworden ist, noch nicht genau zu überschauen. Aber ohne allen Zweifel sind sie sehr weitgehend und für die Zukunft der amerikanischen Arbeiterbewegung von größter Tragweite. Die wichtigste Lehre ist offenbar die, daß

der rein gewerkschaftliche Kampf unmöglich geworden ist; er findet einen automatischen Umschlag in die Politik. Die Radikalisierung der Arbeitermassen war hier nicht die Folge einer Propaganda, sie war nicht das Resultat von Erziehungsmaßnahmen. Die Sozialistische Partei hat sich jahrelang bemüht, einen Zugang zu dem eng-gewerkschaftlichen, optimistischen und opportunistischen Denken der Arbeiter zu finden. Es ist ihr nicht gelungen und konnte ihr nicht gelingen, solange die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Haltung der Arbeiter fehlten.

Jetzt, scheint es, hat die Sozialistische Partei ihre Vereinsamung überwunden und den Kontakt zu breiten Arbeiterschichten hergestellt. Sie hat in den vergangenen Kämpfen gemeinsam mit den Arbeitern gekämpft und hat ihnen gezeigt, wie der enge gewerkschaftliche Rahmen gesprengt wird und wie der Kampf sich selbst in einen politischen verwandelt. Ottokar Puls.

### Vom heroischen Leben

„Und werde auf meinem Platze furchtlos ausharren, solange Gott es will...“ (Aus Hitlers ungesammelten Reden.)

Jedes Staatssystem entwickelt eigene Ehrauffassungen. Es gilt für den Staatsmann der Demokratie verächtlich, Attentate zu fürchten. Ein demokratischer Politiker, der sich scheut, ohne besonderen Schutz in Massenversammlungen zu gehen, erscheint mindestens als komisch. Für diese politischen Ehrauffassungen hat die deutsche Republik allerdings Opfer gebracht. Eisner wurde ermordet, Hugo Haase erschossen, Erzberger und Rathenau wurden abgeknallt, Scheidemann mit Blausäure attackiert. Jeder erlebte die Ermordung seiner Vorgänger, keiner ließ sich deshalb durch eine Gestapo von der Außenwelt abschließen. Als Erzberger auf einem Spaziergange erschossen worden war, fuhr Rathenau noch immer und trotz aller hakenkreuzerischen Attentatschelte mit seinem Auto unbewaffnet durch die Berliner Straßen. Er ahnte den Tod und sprach das Freunden gegenüber auch aus, aber an seinen demokratischen Lebensgepflogenheiten änderte sich nichts. Ebert und Stresemann dachten trotz aller nationalistischen Drohungen nicht daran, der Öffentlichkeit anders als ungeschützt gegenüberzutreten. So haben es die republikanischen Führer gehalten bis zu Severing und Otto Braun, die bei der Reaktion aller Spielarten bestgehalttesten Männer Preußens. Sie lebten trotz zunehmender Hetze wie immer, zeigten sich Parlamenten und öffentlichen Volksversamm-

lungen, wie in den Zeiten ihrer Abgeordnetentätigkeit, und Severing konnte man täglich allein in einem bekannten Berliner Volksrestaurant essen sehen. Es fehlte nur noch das Schild an seinem Stuhle: „Hier werden Attentate entgegengenommen!“

Keiner der modernen „starken Männer“ ist so inmitten des Volkes, inmitten ungehemmtester Öffentlichkeit zu sehen, keiner wagt es. Mussolini hat sich seit dem Marsch auf Rom nicht mehr ins Ausland getraut, und wie Hitler heute mit Vorliebe und möglichst überraschend durch Nebenstraßen fährt, darüber berichtete die deutsche Presse bereits. Als er jüngst in der Krolloper die Winterhilfe eröffnete, mußte eine lange Mauer geliebter SS dafür sorgen, daß die Begeisterung des Volkes sich in gehöriger Entfernung entlud. „Die Straße frei...“ sie war frei, kein Untertan konnte heran! Einst organisierten sie Massenovationen, wenn die Oberbonzerie irgendwo versammelt war, am Sonnabend aber meldete der deutsche Rundfunk, daß die Polizei in der Wilhelmstraße eine Menschenansammlung, die sich vor dem Regierungsgebäude gebildet hatte, zerstreuen mußte. „weil die Ovationen zu störend auf die Kabinettsitzung wirkten!“ Einst appellierten sie an die Straße und heute fürchten sie nichts so sehr wie diese Straße, als deren Oberdenagogen sie zur Macht kamen. Wie sie immer gern von dem quatschen, was sie nicht sind und nicht haben, nennen sie sich Erwählte des Volkes und Werkzeuge Gottes — aber die Straße meiden sie lieber, weil sie sich dort zu sehr in Gottes Hand fühlen. Man denke sich das Hohngelächter dieser Heiden, wenn sich je die Männer der Demokratie so

### des Dorfzuchtwart wieder im selben Dorfe Arzt wird.

Dafür soll das Einkommen der medizinischen Dynastie durch „Gewährung fester Bezüge für den Volkszucht- und Gesundheitswart“ ergänzt werden. Wir würden empfehlen, daß der Zuchtwart, wenn er schon mal bei der Arbeit ist, gleich die Kühe und ihre Bullen, die Ziegen und ihre Böcke mit betreut und belehrt. Da es hier wie dort nur auf die Jungen ankommt, ist ja der Unterschied nicht so groß, und die Menschenpärchen dürften sich bestimmt gehrt fühlen, wenn sie mit dem Hausvieh unter einer Personalunion vereinigt würden.

### Militärmusik

„Im ober-schlesischen Industriegebiet erschienen in den letzten Tagen ein Musikkorps des Infanterieregiments in Breslau zu verschiedenen Zeiten auf den Grubenhöfen und in den Werken, um Freikonzerte zum Besten zu geben. Von den Betriebsführungen wurden aus diesem Anlaß Pausen eingelegt.“ (Reichsdeutsche Zeitungsmeldung.) Lohnabbau nach Noten!

### Beleidigung

In der „Deutschen Juristenzeitung“, Oktober 1934, lesen wir: Der Bauer verlangt mit Recht vom Gericht, daß er dort so reden darf wie zu Hause; es ist geradezu eine Beleidigung für ihn, wenn er einem ortsfremden Referendar den Namen seines Dorfes vorbuchstabieren muß. Der Bauer würde diese Beleidigung mit Fassung zu ertragen wissen, wenn ihn das Dritte Reich dafür vom Erbhofgesetz befreite.

### Der deutsche Individualist

Herr Siebenküß war Individualist Und hatte die Flagge der Persönlichkeit gehißt. Ihm widerstrebte die Gleichmacherei, Nie trat der Sozialdemokratie er bei. „Wir Deutschen waren zu allen Zeiten Das Volk der geschlossenen Persönlichkeiten. Jedem gibt sein „das bin Ich“ Gewicht. Im Massenbrei aufzugehen, Lieben wir nicht. Jedem ward sein besonderes Gepräge, Geformt in der Eigenart starkem Gebege. Und dieser urdeutsche Grundzug verwehrt, Daß über einen Kamm man uns schert.“ Da wurde das Reich von Hitler verwaltet. Herr Siebenküß hat sich gleichgeschaltet. Seine Meinung war ihm nicht fürder von Wert, Auf Kommando macht er „rechtsam“ und „kehrt“. Den Einheitsfestanzug kreierte Ley, Siebenküß war als erster dabei. Göbbels befahl das Eintopfgericht. Siebenküß schluckte und muckte nicht. Siebenküß liebte Natur und Sonne, Die genoß er fortan nur in Marschkolonnen. Nach dreißig Kilometern zu Fuß Bracht er vorschriftsmäßig den Hitlergruß, Und fragt ihr mich: „Welches war die Macht, Die Siebenküß zu dem allen gebracht?“ Der Staat garantierte Siebenküß Für dies: Ungleichheit des Portemonnaies? Mucki.

### tapfer vom Volke abgesperrt hätten!

Die entsprechende Schlagzeile des „Völkischen Beobachters“ ist in ihrer Dicke und Breite gar nicht auszudenken. Eines Tages wird das verrückte Märchen geschrieben werden von dem Selbstherrscher, der kalkig wurde, wenn ein Autoreifen in seiner Nähe zerknallte, den ein Heer von Türhütern, Oberkosten, Bettwächtern, als Publikum verkleidete Leibstatisten und Schwerbewaffnete das teure, für das Volk zu teure Leben schützen mußte und der nichtsdestotrotz ununterbrochen über eine dicke Mauer hinweg Heroisches redet und von der Schönheit des gefährlichen Lebens quatscht. Ferne Geschlechter werden das lesen und lachen wie bei Andersens Geschichte vom König mit den neuen Kleidern und werden nicht wissen, daß diese verblasene Grotaske im Zeitalter des Radios pure Wirklichkeit gewesen ist. Bruno Brandy.

### Appelschnut im Dritten Reich

Der Verlag L. Staackmann, Leipzig, hat eine literarische Tat vollbracht, er hat Otto Ernsts „Appelschnut“ in einer neuen, reich illustrierten Ausgabe untera Volk geworfen. Der gleichgeschalteten Presse gefällt das, sie findet es reizend. „Appelschnut“ war ein Buch von jener Art, wie sie die Kaffeekränzchanten und Großmütter im wilhelminischen Deutschland schätzten, so ein Büchlein mit Flauskügelchen und zartrosa Wänglein. Süße, rote Kinderlippen kamen darin vor, die an Papas Studierstufenfenster einen Kuß drückten, dessen Abklatsch noch lange haften blieb. Und Papas Blicke wanderten natürlich immer

## Schwarz und rotblond zugleich

Aus Houston Stuart Chamberlains Buch „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ stammt all der Rassenunsinn des Hitlerismus, der erweist, bis zu welchem Grade ein geistig hochstehendes Volk unter der Suggestion eines Besessenen kulturell auf den Hund kommen kann. Der Briefwechsel zwischen diesem Chamberlain und seiner Schwiegermutter Cosima Wagner, der Frau Richard Wagners, ist soeben in einem Band von über 700 Seiten vom Bruckmann-Verlag herausgegeben worden. Daß Chamberlain ein großer Charlatan gewesen ist, war für Einsichtige längst erwiesen; daß er aber in jener Spezies von Charlatanerie, die man Heilsehen nennt, eine besondere Fertigkeit besessen hat, erfährt man erst aus seinen Briefen. Er, der seit einigen Jahren tot ist, hat Hitler nicht nur vorausgesehen, sondern geradezu vorausgeschaut. Chamberlain lernt einen reinen Indocier kennen. „Der schwarze Herr ist da!“ ruft das Dienstmädchen. Dieser Besuch gibt Chamberlain Gelegenheit zu folgender rassebiologischer Betrachtung: „Sieht man aber das Haar von der Seite scharf beleuchtet, z. B. abends, wenn eine elektrische Lampe hinter ihm steht, so entdeckt man, daß es absolut nicht schwarz ist, sondern rötlich goldig; eine ganz wundervolle Farbe. Offenbar ist das Schwarze, gerade so wie der einigermassen bronzierte Teint des Gesichtes, nur eine Art Schutzhülle gegen die tropische Sonne. Am Halse sieht man ganz deutlich, daß die Haut in Wirklichkeit hell ist. Aber von diesem herrlichen Phänomen mit dem Haar hat noch kein Mensch etwas berichtet. Und Sie können denken, wie es mich in der Hypothese bestärkt, die ich in den „Grundlagen“ äußerte, daß das schwarze Haar, das im echten germanischen Adel so häufig ist, aus irgendeinem Umschlage des goldblonden Haares entsteht und nichts gemein hat mit dem eigentlichen schwarzen Haare anderer Rassen. Dafür haben mich die Puristen des reinen Germanentums... ausgelacht; und jetzt sehe ich mit eigenen Augen, wie ein Mann zugleich schwarz und rotblond sein kann.“ Daß Adolf, wenn auch auf dem Kopfe schwarz, so doch in den Achselhöhlen rotblond ist, hat man sich längst angeeignet; wahrscheinlich hat es jemand festgestellt, dem die Gnade zuteil geworden ist, seine Achselhöhlen in elektrischer Abendbeleuchtung besichtigen zu dürfen. Wer hat im übrigen daran zweifeln dürfen, daß Adolf, wie alle Wunder, so auch dieses zuwege bringen könne, zugleich schwarz und rotblond zu sein.

Der Schreiber dieses hatte selbst einmal Gelegenheit, in dem ehemaligen Berliner Café Josty festzustellen, daß auch der germanische adlige Houston Stuart Chamberlain selbst schwarz, also eigentlich rotblond gewesen ist!

G. A. F.

Gestohlenes Gut. Das Gut Immenhof, das der Arbeiterwohlfahrt gestohlen worden ist, wurde dem nationalsozialistischen Gau Ost-Hannover „geschenkt“.

wieder sinnend zu der geschmatzten Scheibe. Die gleichgeschaltete Presse hat recht: den alten, bewährten Konzentrationslager-schindern des Dritten Reiches gefällt das Buch bestimmt. Der deutsche Büchermarkt ist völlig auf den Hund gekommen — aber Appelschnut, das ist was anderes, Appelschnut wird bestimmt ein Geschäft. Denn Rohheit und verlogene Sentimentalität, Gemeinheit, Blauvegeleinlyrik und Bestialität verbinden sich im neuen Deutschland zu einer so seltsamen Mischung, daß bei der Lektüre des Böhnleins mit den rosa Wanglein bestimmt kein SA-Auge trocken bleiben wird.

### Laßt Inserate sprechen!

„Alle ehemaligen Freunde und Gönner der „Frankfurter Nachrichten“ bitten wir herzlich, uns bei der Unterbringung unserer arbeitslos gewordenen Mitarbeiter zu unterstützen.“

L. G. Holtzwarth Nachf. G. m. b. H. in Liquidation  
Verlag der „Frankfurter Nachrichten“.

Ein deutsches Inserat. Eine kleine Illustration zu Hitlers erfolgreicher Arbeitsbeschaffung!

### Rassische Literaturgeschichte

Justinus Kerners ostischer Kopf und Schillers Dinarierhaupt.

Die „Zeitschrift für Deutschkunde“ erscheint im Teubner-Verlag, Leipzig, dem bedeutendsten Schulverlag des Deutschen Reiches. Wie die Geisteshelden aussehen, die im Dritten Reich die Schule formen helfen, zeigt sich wieder einmal im Oktoberheft die

# Ein deutsches Hochschullehree

## Der Vater des „Umlegens“

Die Unterwürfigkeit deutscher Universitätsprofessoren entkeimt nicht bloß der Angst um Erwerb und Karriere, nicht allein der Unfähigkeit, zwischen Loyalität und Devotion die Taktschranke zu errichten. Viele haben allen Anlaß, Hitler dankbar zu sein, weil sie ohne sein Regime und die Protektion der Partei niemals akademische Lehrer geworden wären.

Im braunen System ist auch der lange verschollene Dr. Arnold Ruge wieder aufgetaucht. Er hatte sich vor dem Kriege als Privatdozent der Philosophie an der Heidelberger Universität habilitiert. Es sah so aus, als ob er rasch Karriere machen würde. Der berühmte Philosoph und Historiker der Philosophie Wilhelm Windelband protegierte ihn. Ruge enttäuschte wissenschaftlich. Die herkömmlichen Vorlesungen, die herkömmlichen Seminarübungen, keine philosophische Publikation von Bedeutung. Dann machte er einen Seitensprung in die Politik und kam nicht mehr los von ihr. Er hatte die Kosten für Studium, Doktorprüfung und die fast einkunftslose Privatdozentenzeit nur mit Hilfe jüdischer Mäcenaten aufbringen können. Nun dankte er mit einer ungewöhnlich heftigen Kampfschrift gegen Antisemitismus auf deutschen Universitäten. Dann wandte er sich wieder ausschließlich der Philosophie zu, blieb aber ein Dozent von Durchschnittsmaß, im Geleise des üblichen Universitätsbetriebes. Trotzdem wollte er rasch Professor werden. Eine Vakanz trat ein. Windelband empfahl ihn, die philosophische Fakultät lehnte ihn aber wegen mangelnder Qualifikation ab. Ein jüdischer Kollege wurde ihm vorgezogen. Auf einmal wurde er ein polternder Antisemit. Er beschuldigte die Professoren Max Weber, Alfred Weber und Gothein, seine Gra-

duierung auf Geheiß des Besitzers der „Frankfurter Zeitung“ hintertrieben zu haben. Im Disziplinarverfahren konnte er seine Verurteilung durch keine irgendwie glaubhafte Angabe er härten, mußte er kläglich Abbitte leisten und kam mit einer Rüge davon. Darauf wurde er antisemitisch noch rabiat. Er schimpfte bald auf Ludwig Frank, bald auf seinen erfolgreichen Rivalen, bald auf das gesamte Judentum. Im Krieg blieb er jahrelang reaktiv. Dann hielt er bis zum Schlusse in der Heimat Aufklärungsvorträge. Nach der Revolution wurde er das Mundstück des akademischen Radauantisemitismus in Heidelberg. Als es zu schlimm wurde, warnte ihn der Senat. Ruge tobte noch mehr, verleumdete noch unbedenklicher. Der gesamte Lehrkörper der philosophischen Fakultät, selbst der Historiker Wolfgang Windelband, Sohn seines Freundes Wilhelm Windelband, verlangte Ruges Demission. Zuerst hatte sich die deutsche nationale Partei des badischen Landtags seiner angenommen. Dann ließ auch die ihn fallen. Ruge wurde die Dozentenur genommen. Von da an ging er politische Abenteuerwege. Er gründete den „Blücherbund“ und zog mit einer Gruppe beruflich gestrandeter Jünglinge nach Oberschlesien. Dort hat er, als „Geheimrat Berger“ amtierend, eine Reihe von Fememorden veranlaßt. Auf sein Kommando wurden auch zwei deutsche Mädchen erschossen, die in den Verdacht des Verrates zugunsten Polens geraten waren. Der Staatsanwalt in Breslau erließ gegen Ruge Steckbrief. Er floh nach München, das unter Kahr, Pöhner, Frick und Roth das Asyl aller Mörder aus den reaktionären Freikorps war. Der Fememord-Betrieb wurde nun erst in Bayern so recht heimisch. Wo später der parlamentarische

Untersuchungsausschuß Fememordaktionen nachprüfte, da konnte er immer die Initiative oder die Billigung des „Geheimrats Berger“ alias Arnold Ruge feststellen. Gefaßt wurde er nur einmal. Als er den Studenten Zwengauer zum Mord am Studenten Bauer anstiftete, schickte ihn das Volksgericht auf ein Jahr ins Gefängnis. In der Politik wirkte er hinterher nicht mehr mit.

Nach dem Hitlerputsch wollte er wieder Dozent werden. Die Universität München lehnte ab. Alle Universitäten lehnten seine Gesuche ab. Daß dieses Subjekt ihnen moralisch zu unsauber war, darf man annehmen, ganz sicher ist das bei allen nicht einmal. Sie werden sich wohl aber auch gefragt haben, was denn Ruge in der langen Zeit seines politischen Abenteuerturns wissenschaftlich geleistet habe. Darauf hätte er wahrheitsgemäß nur antworten können, daß er den deutschen Sprachschatz mit der Bezeichnung „umlegen“ bereichert habe. In Wahrheit, diesem Wort hat Ruge erstmals die symbolische Bedeutung für Mord verliehen gegeben!

Es kam das Hitlerregime und mit ihm die Zeit, in der man höchsten Ortes nach wissenschaftlichen Leistungen wenig fragte. Ruges Stunde war da. Er wurde außerordentlicher Professor an der Universität Jena. Vor ein paar Wochen hat er die Berufung nach Rostock zum Ordinarius erhalten. Ruge liest jetzt auch — über Pädagogik. Er ist der berufene Mann dafür. Die akademische Jugend von heute wird erzogen an seinen Heidenleistungen in Oberschlesien, an seinen Verhätzungen, die immer einer Reihe schuldloser Menschen das Leben kosteten!

Ruge und das Dritte Reich — sie passen zu einander!

## Heinrich Mann für Geistesfreiheit

An den Kongreß der Sowjetschriftsteller.

An den Kongreß der Sowjetschriftsteller, der im letzten Sommer tagte, hat, wie jetzt die „Neuen Deutschen Blätter“ mitteilen, Heinrich Mann folgenden Brief gerichtet:

Die „antifaschistischen“ Schriftsteller sind solche, die ihre Sache auf die Leistung gestellt haben, anstatt auf die Begünstigung durch das faschistische Regime. Sie werden in der Mehrzahl sozialistisch denken; die Hauptsache bleibt, daß sie überhaupt denken wollen. Die antifaschistische Literatur ist nicht notwendig absichtsvoll antifaschistisch; sie ist es schon dadurch, daß sie auf der Gewissensfreiheit besteht.

In Deutschland dagegen wird, einige Zeit lang, die Wahrheit das sein, was der Stärkere vorschreibt. Es wird nicht die Wahrheit sein, und uneigennützig Liebhaber kann sie nicht haben. Niemandem ist dort das große und

gefahrvolle Glück erlaubt, neue Erkenntnisse zu erobern oder Leben und Menschen zu gestalten nach seinem Wissen. Es gibt nur amtlich geregelt Denken und Träumen. Das bedeutet für die Nation einen geistigen Niedergang im allerschnellsten Tempo und auf allen Gebieten. Auch in den angewandten Wissenschaften hatte Deutschland sich nur darum auszeichnen können,

weil dort frei gedacht werden durfte. Keine chemischen Erfindungen und erst recht keine Großindustrie, wenn nicht andere Menschen jahrhundertlang frei gedacht und geschaffen haben. — Die antifaschistische Literatur ist in Wirklichkeit die einzige deutsche Literatur: vor allem, weil nur sie

die Gedanken- und Gewissensfreiheit behalten hat, dann aber auch Kraft des Leidens. Durch Verbannung, Not und Mühen werden die Begabungen vertieft, ganz abgesehen davon, daß die Schriftsteller streng geübt werden. Wird heute irgendwo in der Welt ein deutsches literarisches Preisaus-

schreiben veranstaltet, dann melden sich nur noch starke Talente. In Deutschland ist jedesmal das Gehudel zur Hand, und auserwählt wird die allerhumpigste, zweckbewußteste Gleichschaltung. Während dort im Lande die Dummheit ihr übliches Maß schon jetzt weit hinter sich gelassen hat, ist die emigrierte Literatur, zu der auch einige in Deutschland Verbliebene gehören, auf dem Wege besser zu werden, als sonst der Durchschnitt der Literatur es war. Wenn das spätere Deutschland selbst einmal besser werden sollte als es sonst war, dann wird diese Literatur sich hoffentlich herausstellen als seine geistige Vorwegnahme.

Schacht und die Arbeitsfront. Der Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages Dr. Schild ist, wie berichtet, von Dr. Schacht seines Amtes entbunden worden. Wie die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ mitteilt, erfolgt seine Entlassung, weil er versucht habe, die Deutsche Arbeitsfront gegen das Reichswirtschaftsministerium auszuspielen.

## Theater der Bombenleger

... Eine Inszenierung muß es sein, die hinwegsprengt die grünen Matten mit Herdenglocken und schweizerisch-breitem Behagen, und ausbrennt den lächelnden See der Idylle... ein Volk steht auf aus einer bleifarbenen Sonnenfinsternis der Tyrannis, Druck gegen Druck und Ruck um Ruck... Es ist, als ob man das Tick einer Bombe hört... Schillers vornehmstes dramatisches Mittel ist das Wort, aber das Wort aus hellem Atem, mit Schrapnellbrennzünder und Einschlag ohne Verzögerung.“ Günter Nauhardt über „Grundsätzliches zur Teil-Inszenierung im Theater“ der Jugend „im Organ der „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger“. „Der neue Weg“.

Höllmaschinen. Schrapnellbrennzünder — die Gedanken des braunen Rezensenten haben sich aus der Schweiz nach Oesterreich verirrt!

## Er weiß Bescheid!

Die „Deutsche Zukunft“, das Blatt Dr. Fritz Kleins, veröffentlicht ein Gespräch zu Dritt zwischen einem Rechtsanwalt, einem Journalisten und einem nationalsozialistischen Arzt. Thema: Der Nürnberger Parteitag. Der Rechtsanwalt sagt u. a.: „Rundfunk habe ich keinen und die Tagespresse lese ich, wie Sie wissen, nicht mehr. Aber die Berichte über Nürnberg, insbesondere die dort gehaltenen Reden, habe ich mir doch aufgehoben und sie auf einen Sitz gestern abend gelesen. Ich hätte so viel dazu zu sagen, daß ich es vorziehe, gar nichts zu sagen!“ Der Mann wird wissen, warum!

ser Zeitschrift. Da beklagt sich ein Mann namens Heinz Otto Burger bitter darüber, daß der rassistische Gedanke noch nicht recht in die Literaturgeschichte eingedrungen sei. Seiner Meinung nach muß die ganze Literaturforschung auf eine neue Basis gestellt werden, und er gibt an Ort und Stelle ein Proben seiner weitverbreiteten Planung. Wir zitieren:

Der erste in der deutschen Literaturgeschichte, den ich mit einiger Bestimmtheit als fälschlich bezeichnen möchte, ist Hans Sachs. Jost Ammanns Stich von 1576 zeigt zwar keine fälschliche Nase, aber die fälschliche Kopfform. Den ersten repräsentativen Falen finde ich erst wieder in Friedrich Rückert (sehr bezeichnend die Uebersaugengegend und der Mund)... Der klassisch ostische Kopf sitzt Justinus Kerner auf den Schultern. Auch in dem etwas weniger ostischen Mörcke ist viel „magischer Idealismus“ lebendig. Und ein Schweizer: Gottfried Keller. Seine Statur, aber auch, namentlich wenn man Jugendbilder betrachtet, seine Gesichtszüge stempeln ihn deutlich zum Osten... Johann Christian Günther (siehe besonders die Unterkiefer- und Mundpartie)... Der ostbaltische Sachse Paul Gerhardt (siehe besonders den Mund und den Abstand der inneren Augenwinkel von der Nase)... Und ist nicht Nietzsche ein Dinarier? Hölderlins Schädelbildung ist stark dinarisch. Groß steigt hinter Nietzsche, hinter Hölderlin das Dinarierhaupt Schillers empor.

Das ist nur ein Kostprobe — es geht so weiter viele Seiten lang. Ob Kleist oder Adalbert Stifter, ob Schlegel, Schielermacher oder Beumelberg — sie alle kriegen einen Steckbrief mit genauen Nasenangaben und Augenwinkelmessungen auf den Weg. Nur einer ist weggelassen, ein ganz kleiner: Goethe! Offenbar sieht er schon allzu „ostisch“ aus und hat sich nicht recht eingliedern lassen. Wenn

er sich nicht entschließt, nachträglich seine Gesichtszüge zu korrigieren, wird man ihn kurzerhand aus dem Schulplan streichen müssen.

## Liebliche Düfte, süße Harmonie

In einer Berliner Musikzeitschrift, „Signale“, Heft 38/39, Jahrgang 1934 steht unter der Überschrift „Ist das im Sinne des Führers?“ folgendes Klagegedicht zu lesen:

Jene Kreise, die sich in dem Wahn befinden, daß sie ihre eigenen Interessen auf Kosten ihrer Mitmenschen unter dem Deckmantel der Parteiloyalität weiter eigenmächtig „fördern“ können, sollen es sich gesagt sein lassen, daß auch für sie eines Tages die Stunde der Generalabrechnung schlägt. Man wird fortan jedes Wirtschaftsgebiet erfassen, um überall die Schädlinge rückwärts zu treiben. Hoffentlich übergeht man hierbei nicht das musikalische Gebiet! Es gilt auch hier, geschäftstüchtigen Leuten, die sich amtliche Funktionen anmaßen, zu beweisen, daß für Elemente, die da glauben, mit den sauer verdienten oder abgehängten Groschen der verarmten Musiker Eigennutz treiben zu können, in einem sauberen Deutschland kein Platz mehr ist. Die Kunst von derartigen Parasiten zu befreien, ist gegenwärtig der rechte Zeitpunkt, wenn nicht alles, was in einer zähen, jahrzehntelangen Aufbauarbeit an Kulturgütern und Einrichtungen geschaffen wurde, ganz in Trümmer gehen soll. Komponisten von zweifelhaftem Ruf, die auf Grund ihrer guten Beziehungen ihre Stunde für gekommen halten, sollte man energisch in ihre Schranken verweisen.

Und so geht es weiter. Man sieht: es stinkt selbst in jenen Kreisen, die weitab von jeder Politik liegen. Und die Stimmung wird von Tag zu Tag besser und besser. Das sind in der Tat „Signale“.

# Betriebsordnung mit Ach und Krach

## Zerschlagung rechtsgültiger Tarife — Bauarbeiter als Freiwild

Als zum 1. Mai 1934 das Arbeitsklavengesetz in Kraft trat, wurden die Arbeiter auf die kommende Betriebsordnung vertröstet, die ihnen als ein Akt ausgleichender sozialer Gerechtigkeit hingestellt wurde. Der 1. Juli 1934 rückte heran und ging vorbei, ohne daß sich die Herren Betriebsführer bemüht hätten, ihrer Betriebsverbundenheit mit der Gefolgschaft durch den Erlaß einer Betriebsordnung nationalsozialistischen Ausdruck zu verleihen. Der Termin mußte auf den 1. Oktober verschoben werden, aber der Widerstand der Unternehmer hält an. Selbst die von ihnen berufenen willigen Vertrauensräte scheinen ihnen nicht genügend Gewähr dagegen zu bieten, daß etwa nach Einführung einer Betriebsordnung noch Betriebsaktionen entstehen oder mindestens Betriebswünsche gegen den eingeleiteten Lohnabbau laut werden könnten. Im Arbeitsgesetz sind Betriebs- und Tarifordnung miteinander verbunden. Es sollen an die Stelle einer Tarifordnung in der Betriebsordnung oder durch Erlaß des Treuhänders rechtsverbindliche Mindestsätze des Arbeitsentgelts treten. Diese Bestimmungen stammen aus der Zeit vor dem 30. Juni 1934 und die Unternehmer wollen nicht einsehen, daß sie am 1. Oktober noch verpflichtet sein sollen, ein Gesetz vom 1. Mai d. J. innezuhalten, zumal das Stillhalten ihrer Gefolgschaft dadurch gestört werden könnte.

Alle Mahnungen der Treuhänder, zum 1. Oktober den „Gemeinschaftsakt“ und die „soziale Eignung der Betriebsführer“ durch den Erlaß von Betriebsordnungen zu beweisen, waren vergeblich. Soweit aber jetzt zögernd einzelne Betriebe „eine Norm für die Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses“ herausbringen, kommen solche Betriebsordnungen einer offenen Sabotage des Gesetzes gleich.

Voll Traurigkeit und Enttäuschung schreibt der „Korrespondent“, es stehe sehr im Gegensatz zu echtem kameradschaftlichem Zusammenwirken, wenn es Betriebsführer fertig gebracht haben,

„den Versuch zu machen, durch die Betriebsordnungen Bestimmungen der rechtskräftigen Tarifordnung außer Kraft zu setzen. Leider haben sich auch Vertrauensräte, die sich über ihre Aufgaben nicht klar waren, bereit gefunden, derartige Betriebsordnungen zu akzeptieren. Oft sind diese Bestimmungen auch in die Betriebsordnungen hineingeschmuggelt worden, daß den Vertrauensräten gar nicht klar wurde, daß diese Bestimmungen im besten Gegensatz zu den Bestimmungen der Tarifordnung stehen.“

Zur gleichen Zeit, da mit Hilfe der Betriebsordnung hinterhältig der Arbeiter um den Reiz der Tarifordnung gebracht werden soll, deklariert das faschistische Bergarbeiterblatt:

„Die große Bedeutung der Betriebsordnung liegt aber darin, daß sie dem Betriebsführer Gelegenheit gibt, seine Anschauung über das Arbeitsverhältnis zum Ausdruck zu bringen und den Arbeiter vor Täuschungen bewahrt.“

In der gesamten Presse der Arbeitsfront wird wieder einmal versichert, man habe absichtlich keine Muster-Betriebsordnungen herausgegeben, weil zu den Betriebsführern und Vertrauensräten das Vertrauen besteht,

„daß sie leidenschaftlich bemüht sein werden, in dieser Betriebsordnung das Höchstmaß sozialen Willens der Betriebsführung zum Ausdruck zu bringen.“

Diese soziale Leidenschaftlichkeit der Herren Betriebsführer ist bereits so unbändig geworden, daß z. B. im Baugewerbe die meisten Unternehmer überhaupt nicht daran denken, Betriebsordnungen zu erlassen. Es heißt nämlich im Gesetz: „In jedem Betrieb, in dem in der Regel mindestens 20 Arbeiter und

Angestellte beschäftigt sind, ist... eine Betriebsordnung... zu erlassen“. Damit ist gesagt, daß jeder Betrieb, der in der Regel also in der regulären Arbeitsperiode, das ist im Baugewerbe die Saisonzeit, 20 Mann beschäftigt, zur Betriebsordnung verpflichtet ist. Der „Grundstein“ berichtet nun, daß Betriebe, die in der Hauptsaison 30 und mehr Bauarbeiter beschäftigen, in den Wintermonaten vielleicht nur fünf, keine Betriebsordnungen erlassen wollen. Es habe „zu einer gewissen Unsicherheit geführt“, daß „niemand wußte (?), ob er zur Schaffung einer Betriebsordnung verpflichtet war“.

Diese harmlosen „unwissenden“ Bauunternehmer! Aber auch in den wenigen Fällen, in denen Betriebsordnungen erlassen wurden, taugen sie nichts. Das Prunkstück nationalsozialistischer Sozialpolitik — der Kündigungsschutz — ist nach dem Bericht des „Grundstein“ in keiner Betriebsordnung zu finden. Das Blatt muß bereits am Beginn der nationalsozialistischen Betriebsordnung zugeben:

„Eine Klippe im Baugewerbe ist z. B. die soziale Forderung einer Kündigung. Nach wie vor steht auf den Wochenzetteln und Lohnlücken der ebenso lakonische wie unwürdige Satz: „Kündigung findet nicht statt.“ Man könnte es scherzweise umbiegen in lebenslängliche Beschäftigung, wenn nicht die traurige Tatsache es anders darstellte. Der Bauarbeiter war in dieser Beziehung immer Freiwild...“

Der „Grundstein“ findet freilich nicht den Mut, die im Arbeitsgesetz enthaltene Verheißung von der Einführung irgend welcher Kündigungsfrist zu vertreten.

Dafür bringt der „Nahrungsmittelarbeiter“ einzelne Betriebsordnungen, die als soziale Vorbilder dienen sollen. Sie enthalten aber lediglich spaltenlange Ausführungen über Zusammenarbeit, Treueverhältnis, Sauberkeit am Arbeitsplatz und Güte der Arbeitsleistung. „Die richtige Auswahl bei Neueinstellung“, „Gesunde Erbanlage und

lauterer Charakter“ sind entscheidend für die Eignung des Arbeiters, wobei der Charakter an der Zahl der Nazi-Mitgliedsjahre bemessen wird. „Die Arbeitszeit ist als Dienst aufzufassen.“

Von all den im Gesetz vorgesehenen Kannbestimmungen ist in den bekannt gewordenen Betriebsordnungen nichts zu finden. Die Praxis der Betriebsordnung, die als Zeichen „engster Gemeinschaftsarbeit“ proklamiert worden war, schildert der „Korrespondent“, indem er schreibt:

„Viele Betriebsführer haben darauf gewartet, bis andere Betriebe ihre Betriebsordnungen fertig gestellt hatten. Wieder andere Betriebe haben auf die sogenannte Betriebsordnung, die von geschäftstüchtigen Juristen und ehemaligen Syndizi zusammengestellt worden sind, zurückgegriffen.“

„Leider aber zeigen viele der vorliegenden Betriebsordnungen, daß sie nicht viel mehr sind, als der Abklatsch einer Betriebsordnung, die mit Ach und Krach den gesetzlichen Bedingungen entspricht. Es hat den Anschein, als wenn viele Betriebsführer es ängstlich vermieden haben, auch nur ein Tüpfelchen mehr zu tun, als ihnen durch das Gesetz auferlegt worden ist.“

Im Juni d. J. wurde noch mitgeteilt, daß das Gesetz sich absichtlich auf Rahmenbestimmungen beschränkt und daß es dem Betriebsführer vom Gesetze freigestellt ist.

„Über die Mindestvorschriften hinaus seinem nationalsozialistischen Willen uneingeschränkt Raum zu geben.“

Nun erfahren die Arbeiter und Angestellten sogar aus der Nazipresse, daß sich die Unternehmer weigern, auch nur ein Tüpfelchen mehr zu tun, als sie nach den nichtsagenden gesetzlichen Bestimmungen zu tun verpflichtet sind. Die Betriebsordnungen, wie sie jetzt den Belegschaften löffweise verabreicht werden, sind die Vollendung des Arbeitsklavengesetzes vom Mai. Die Tarifordnung hört endgültig auf zu bestehen, eine Ersatzregelung aber ist in den Betriebsordnungen

## PROBLEME DES SOZIALISMUS

### Sozialdemokratische Schriftenreihe

herausgegeben zur Klärung der Meinungen über die Lage in Deutschland nach dem Siege des Faschismus. Neben authentischen Berichten aus dem Dritten Reich bringt sie programmatische Darstellungen über den Kampf gegen den Faschismus und für den Wiederaufbau Deutschlands auf demokratischer und sozialistischer Grundlage. Ihr Ziel ist, durch Diskussion in vollster Offenheit, die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte und geistigen Strömungen herbeizuführen.

Vier Neuerscheinungen:

#### Nr. 9: „Konzentrationslager“

Adolf Hitler: Deine Opfer klagen an!

Dieses Buch ist ein Appell an das Gewissen der Welt! Dokumentarische Berichte ehemaliger Gefangener aus den Konzentrationslagern Dachau, Königstein, Sonnenburg, Brandenburg, Colditz, Sachsenburg, Reichenbach, Papenburg, Lichtenburg, Moringen und Hohnstein, Marterstätten, deren Namen man im Dritten Reich nur flüsternd nennt, werden darin vorgelegt. Aus jeder Zeile dieser Berichte ruft die getretene Kreatur die Menschheit um Hilfe. Wenn die Welt noch ein Gewissen hat, dann muß es sich bei diesen Dokumenten melden. Jede einzelne der mitgeteilten Schandtaten ist nachprüfbar. Neben vielen Illustrationen enthält das Buch die Namen von mehr als 850 Angeschuldigten, SA- und SS-Leuten sowie Gefangener und Opfer in deutschen Konzentrationslagern.

#### Nr. 10: „Grenzen des Gewalt“

Aussichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats

In unserer Gegenwart spricht die Gewalt das erste und, wie es scheint, auch das letzte Wort. Sie triumphiert scheinbar so vollständig über Vernunft und Wissenschaft, Kultur und Sitte, daß bei vielen der Glauben an andere Mächte völlig schwindet, und ein wahrer Aberglaube an die Grenzenlosigkeit der Gewalt um sich greift. Diesem Aberglauben tritt der Verfasser mit dem ganzen Rüstzeug seines Wissens entgegen.

#### Nr. 11: Julius Deutsch: „Putsch oder Revolution?“

Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg

Ausgehend von den Februarereignissen und vom blutigen Sieg des klerikalen Faschismus in Oesterreich stellt Julius Deutsch die gesamte Taktik und Tradition der europäischen Arbeiterbewegung zur Diskussion und zeigt auf, was den bewußt marxistischen Sozialisten vom blanquistischen Putschismus und ähnlichen Lehren trennt, die durch die direkte Aktion einzelner Gruppen oder einzelner Männer den Gang der Geschichte beeinflussen oder leiten zu können glauben.

#### Nr. 12: Histocikus: „Der Faschismus als Massenbewegung“

Sein Aufstieg und seine Zersetzung

In vier Kapiteln von stärkster Anschaulichkeit gibt hier ein bekannter deutscher Hochschullehrer, der in seltener Art die Fähigkeit des wissenschaftlich geschulten Historikers und die Lebensnähe des Politikers in seinem Urteil zum Ausdruck bringt, eine Uebersicht über die faschistischen Bewegungen Europas. Er zeigt, wie der Faschismus in seinem hemmungslosen Machtwillen, mit Hilfe der tollsten Versprechungen, die Massen zunächst wohl an sich bringen konnte, aber zur Macht gelangt, nicht in der Lage ist, sie festzuhalten.

BESTELLUNGEN UND VERLAGSPROSPEKTE DURCH JEDE BUCHHANDLUNG ODER DIREKT DURCH DIE VERLAGSANSTALT „GRAPHIA“, KARLSBAD.

gen nicht zu finden. Die Treuhänder, denen ursprünglich das Recht zufallen sollte, von sich aus Tarifordnungen zu erlassen, sind inzwischen — seit dem 30. Juni — entmachtet worden.

„So kann“, meint die Arbeitsfront, „durch den nationalsozialistischen Geist in der Betriebsordnung die wahre Befriedigung aller Gefolgschaftsmitglieder erreicht werden und wird sich durch Freude an der Arbeit und durch wirkliche Verbundenheit mit dem Betriebe zum Wohle der gesamten Betriebsgemeinschaft auswirken.“

Aber doch erst dann, wenn die Sklavensordnung überwunden und durch eine sozialistische Betriebsordnung ersetzt sein wird!

### Pg. Dr. Faustus

Der Leiter der deutschen Presse- und Propagandaabteilung im Reichsschulungsamt der NSDAP, Dr. Hans Zugschwert, sagte in einem Referat:

„Die Weltanschauung des größten unserer Dichter hat sich am Ende seiner Tage, im Faust, dem Sozialismus unserer Prägung zugewandt.“

Faust war ein Nazi? Das ist neu. Er dürfte nicht mal »erbüchtigt« gewesen sein, denn sein Vater war, nach Faustens eigenen Worten, »ein dunkler Ehrenmann. Aber wie wäre es mit einer neuen und gereinigten Ausgabe, in der Gott durch Wotan, die Walpurgisnacht durch einen Nürnberger Parteitag ersetzt und Gretchen unbedingt geheiratet werden müßte? Mephisto könnte in der Maske des Propagandaministers auftreten, aus der Reise zu den »Müttern« müßte eine Suche nach den Großmüttern werden und der Hof des Kaisers wäre auf den Obersalzberg zu verlegen (die Inflation könnte bleiben). Nazidichter an die Front! Das wäre doch gelacht, wenn der alte Goethe sich nicht übertrumpfen ließe!

### Majestätsbeleidigung

„Viele kommen zum Ruhm, bloß weil sie schwitzen und die anderen sich einbilden, sie hätten gearbeitet...“ (Aus dem »Berliner Tageblatt«.)

Gar so hart sollte das gleichgeschaltete Organ nun doch nicht mit dem Führer verfahren!

### Unter Hitler-Sozialisten

„Machen Sie eine Reise? Vielleicht durchs schöne deutsche Land? Ja, wohin denn, wenn man fragen darf? Mit dem Geschenk des Herrn Papa — Mercedes-Benz —? ... Und wenn Sie sich auch hineingelesen und hineingeschaut haben in die Wunderwelt Ihres Vaterlandes, wie es das herrliche Werk „Deutschland“ Ihnen aufzeigt, dann heil: hinein per Buß und Motor...“ (Aus einer Buchbesprechung einer Berliner Zeitschrift.)

Neudeutscher Sozialismus mit dem Mercedes-Benz des Herrn Papa!

## Neuer Vorwärts

### Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR K 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung K 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland K 2.— (K 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (2.60) Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46.149, Oesterreich: Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Wien B-198-394, Polen: Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 196.163, Schweiz: Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 81.005, Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

## Alliance Française

101, Bvd. Raspail, Paris (VIe)

Die praktische Schule für die französische Sprache

Direktor: Robert Dupouey

Winter-Kurse für die vollständige Erlernung der französischen Sprache: Eröffnung am 3. November.

Jede Woche:

16 Stunden mindestens praktischer Unterricht (praktische Übungen in der Uebersetzung aus dem Deutschen ins Französische).

17 Vorträge.

1 Führung durch Paris.

Der Kursbeitrag beträgt monatlich 195 Francs, für 4 Monate (November bis Februar) 500 Francs.

Karten nur für die Vorträge: Preis 80 Francs für einen Monat.